Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 10848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. — Halle, Dienstag, den 3. März 1925 — 5. Jahrgang ★ Nr. 38

Das Proletariat zur Reichspräsidentenwahl

Nieder mit dem Ebert-System!

Noch ist die Leiche des Reichspräsidenten Ebert nicht unter der Erde und schon beginnt der große Konkurrenzkampf der bürgerlichen Parteien und der SPD um seine Nachfolgerschaft. Schon werden spaltenlange Artikel über den neuzuwählenden Reichspräsidenten geschrieben und die verschiedensten Kombinationen gesponnen. Die schwarzrotgelben Blätter hoffen, daß die SPD., Demokraten, das Zentrum sich auf den Ruhrgelder-Marx einigen werden. Die Schwarzweißroten sprechen von einer Kandidatur Luthers, der die Volkspartei, die Deutschnationalen und die Völkischen hinter sich haben würde. Allerdings verlautet gleichzeitig, daß Luthers Aufstellung als Reichspräsidentschaftskandidat deswegen nicht opportun sei, weil dann wieder eine neue Krise wegen seiner Nachfolgerschaft als Reichskanzler entstehen könnte. Also schlägt ein Teil der nationalen Verbände den General Mackensen vor, der ein „wahrhaft überparteilicher Mann“ sei.

Was den Termin der Reichspräsidentenwahl anbetrifft, so wird bereits der 26. April genannt. Einigen Blättern ist auch dieser Termin schon zu spät und sie möchten, daß schon am 29. März gewählt würde.

*

Die Arbeiterklasse hat keine Ursache, sich an diesem großen Rätselraten zu beteiligen. Es ist nach dem Tode Eberts ihre wichtigste Aufgabe, sich darüber klar zu werden, daß Ebert in seinem Wirken ein Mann der Bourgeoisie, und nicht **des Proletariats** gewesen ist. Ob **schwarzrotgoldene oder schwarzweißrote Präsidentschaftskandidaten aufgestellt werden, ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, daß das ganze bisherige Ebert-System von der Arbeiterklasse einmütig abgelehnt wird.**

Ebert hat das kapitalistische Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet, wie alle Zeitungen, angefangen vom „Volksblatt“ bis zur deutschnationalen „Deutschen Tageszeitung“ lobend erwähnen. Das heißt: Ebert ließ durch seinen Freund Noske **Tausende von Proletariern ermorden,** durch seine Sondergerichte und Ausnahmegesetze **Zehntausende in die Kerker werfen,** durch seinen § 48 und seine Ermächtigungsgesetze **selbst die winzigsten Novembererrungenschaften abbauen,** nur um das kapitalistische System für die deutsche Bourgeoisie zu retten, nur um der **deutschen Kapitalistenklasse die Staatsmacht wieder völlig in die Hand zu geben** gegen die deutschen Arbeiter.

Ebert hat das Vaterland vor dem Bolschewismus gerettet, das bedeutet, daß er **Deutschlands Arbeiter an das internationale Kapital ausgeliefert hat,** daß er um die deutschen Proleten die Dawes-Ketten gelegt hat.

Ebert war gegen den Bolschewismus, aber dafür der **geschickteste Agent der Monarchisten** vom Schlage des Dr. Luther, der beste **Freund der Weißen Generale** von der Firma Seeckt. Auf sein Kommando ist stets dann die Reichswehr in Bewegung gesetzt worden, wie die Geschichte der sächsischen und thüringischen Arbeiter-Regierungen beweist, wenn die Arbeiter auch nur in den kleinsten Dingen ihre proletarischen Rechte geltend machten. Kurz zusammengefaßt:

Ebert war der Retter der Bourgeoisie vor der Arbeiterrevolution.

Diese Erkenntnis in den Massen der Arbeiter zu verbreiten, das ist zunächst wichtiger als über die Nachfolge Eberts zu orakeln. Ob ein schwarzweißroter Reichspräsident oder ein schwarzrotgoldener Reichspräsident kommt, in beiden Fällen wird das **konterrevolutionäre Ebert-System** bleiben, wenn nicht das deutsche Proletariat die richtigen Lehren aus dem Werk des toten Ebert zieht:

Nieder mit der Ebert-Partei, hinein in die KPD.!

Nieder mit der Ebert-Justiz! Fort mit dem Ebert-Staatsgerichtshof! Heraus mit den politischen Gefangenen!

Nieder mit Eberts Dawes-Plan! Her mit dem Achtstundentag und ausreichenden Löhnen!

Nieder mit der von Ebert berufenen monarchistischen Luther-Regierung! Nieder mit der Herrschaft der Schlotbarone, der Junker und Weißen Generale! Her mit der Räterepublik!

Ein Nachruf mit Nadelspitzen

Das Zentralorgan der österreichischen SP. zu Eberts Tod

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt zum Tode Eberts u. a. folgendes:

— — — aber kein Genie

„Dieser Einfluß ging vielleicht weniger von seiner Persönlichkeit aus, die wohl Wuchs hatte, in normal geschichtlicher Zeit das Steuer zu führen, die durchaus die Fähigkeit zu einem Parteivorsitzenden besaß, **der aber das, was man das politische Genie nennen könnte, nicht gegeben war.**“ ... „Die Geschichte der Sozialdemokratie kennt wohl in allen Völkern und Staaten Führer, die die Herzen stärker erregt, die Begeisterung leidenschaftlicher entflammt haben.“

Amtsführung ohne jedes sozialistische Fehl

„Alles, was die **bürgerliche Welt ihm nachrühmt,** trifft zu: daß er als Reichspräsident in der gesamten Führung des Kampfes, **auch nicht in einer belanglosen Kleinigkeit,** erkennen ließ, daß er ein **Parteimann** ist, daß er wirklich nur der **Reichspräsident** gewesen ist, in dem alles, was an Eberts **Parteizugehörigkeit** gemahnen konnte, ausgelöscht war. Nur eben, daß das, was der Ruhm in der bürgerlichen Welt ist, **die Herzen der Arbeiter nicht zu gewinnen vermag.** So entparteit ist Ebert geworden, daß **die deutschen Arbeiter allmählich verlernen mußten, ihn zu den ihren zu zählen,** daß der ursprüngliche Stolz der Tatsachen, daß der Präsident der Republik ihrem Blute entstammte, aus ihren Reihen hinanstieg, der Frage weichen mußte, wo sie es denn erblicken sollten, **daß er ein Sozialdemokrat geblieben ist,** wie sie sein Amt auch **als ein Gut für sie werten könnten.** Es war die wohlerwogene Absicht Eberts, als Reichspräsident „nicht der Vormann einer einzelnen Partei zu sein“! es war sein sichtbares Bestreben, die Vorurteile der bürgerlichen Welt durch eine Amtsführung zu zerstreuen, **an der kein sozialistisches Fehl festgestellt** sei ... Ebert **wurde** zum Reichspräsidenten gewählt, weil er ein Sozialdemokrat war. Am Schluß war er es, trotzdem er ein Sozialdemokrat war.“

Die kriegspatriotische Untadligkeit

„... Seine Stellung zum Kriege, seine Haltung während des Krieges war von diesem Gedanken bestimmt, daß die Arbeiterklasse dem Staate, da er in Not geraten, beizustehen habe, um das Anrecht auf seine Dankbarkeit zu erwerben, daß sich die Arbeiterklasse, die demokratische Gleichberechtigung — nur diese, **die wirtschaftliche Gleichberechtigung beileibe nicht** mehr — gleichsam durch gute Aufführung zu verdienen habe. Nur aus dieser Auffassung ist jener Magdeburger Prozeß zu verstehen, in dem gleichsam **der Revolution der Prozeß gemacht** wurde, indem sich Ebert gegen den Verdacht zur Wehr setzen zu müssen glaubte, daß er während des Kampfes an einer revolutionären Erhebung, gegen den Krieg, bewußt gearbeitet habe. **Die kriegspatriotische Untadeligkeit durfte keine Trübung erleiden,** wenn der Anspruch die demokratische Gleichberechtigung verdient zu haben, nicht beeinträchtigt werden sollte ...“

Die Gegenrevolution gegen die Arbeiter

„Daraus nun erklärt sich auch Eberts Revolutionspolitik, die vom Urbeginn darauf gerichtet war, den revolutionären Zustand in einen normalpolitischen überzuführen, **mit der Revolution,** die ihr Werk vollbracht hatte, indem sie die alten Gewalten entthronte, **Schluß zu machen.** Das ist jene Zeit, voll schwerer, dunkler Schatten, **aus der die Zerklüftung der deutschen Arbeiterklasse** erwuchs. Und so will die Frage auch jetzt nicht weichen, ob **die deutsche Revolution nicht vorzeitig abgebrochen** worden ist, und ob die Sammlung der konterrevolutionären Kräfte, die nun schier **dem ganzen Reiche den gegenwärtigen Rechtskurs aufgedrängt** hat, nicht dieser raschen **Liquidierung der Revolution** zu danken ist, die, weil sie so rasch vor sich gehen sollte, **mit so viel Arbeiterblut ersiegt** werden mußte, die zeitweilig selbst **eine Gegenrevolution gegen die Arbeiter** gewesen ist. **Aber Eberts Ideal war,** wie er es in der **Rede,** womit er die Erwählung in **Weimar** annahm, selbst bekannte, „die Freiheit, die sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten kann“, wenngleich diese staatliche Ordnung, die sich verteidigen wird, „bis zum Aeußersten“, **doch nur die Ordnung des Klassenstaates** zu sein vermag.“

Ebert-Demokratie des Absolutismus

„Ebert war der Führer der Partei während des Krieges, war ihr Führer auch in der Ueberleitung der Revolution zu einer Demokratie, die so normal ist, daß sie auch die schlimmsten Gewaltmittel des Absolutismus einbeziehen kann.“

*

Man könnte diesen Artikel der „Arbeiterzeitung“ auch mit der Ueberschrift versehen: „Das stille Seufzen der verstorbenen USP. **Es versteht sich, daß zwischen diesen Nadelstichen gegen Ebert auch liebenswürdige — welche österreichischen Austromarxisten sind nicht liebenswürdig? — Verbindlichkeiten sich für**

Aufruf der Gewerkschaftsbureaukratie zu Eberts Tod

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 3. März.**

ADGB., Afa und ADB. haben einen Aufruf an die Arbeiter fabriziert, in dem zum Begräbnistage Eberts am Donnerstag ab 11 bis 11.50 Uhr zur Arbeitsruhe aufgefordert wird. SPD. und Gewerkschaften fordern, daß die für Kränze gesammelten Gelder an die Friedrich-Ebert-Stiftung weitergeleitet werden. Ebert ist im November 1923 vom Zentralvorstand des Sattlerverbandes auf Drängen der Mitglieder, wegen der Oktobervorgänge 1923, aus dem Verbande ausgeschlossen worden. Da, wo es wirklich zur Arbeitsruhe kommen sollte, werden alle klassenbewußten Proletarier die kurze Pause benutzen, um allen ihren Klassengenossen an Hand der herrlichen Nachrufe der Bourgeoisie für den Retter der Republik zu zeigen, was der Sozialdemokrat Ebert für das Kapital und gegen die Arbeiterklasse getan hat.

Der Trauerrummel verschleiert weitere Barmat-Enthüllungen

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 3. März.

Der preußische Barmat-Ausschuß, der am Montag in die wichtige Zeugenvernehmung der verärgerten Sozialdemokraten **Davidson** und **Baumeister** eintreten sollte, die über die Beziehungen **Eberts zu Barmat** und über die **Lebensmittelschiebungen im Bureau des Reichspräsidenten** Auskunft geben können, wurden durch die deutschnational-zentrümlich-sozialdemokratische **Trauereinheitsfront** auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem die kommunistischen Vertreter durch den Genossen Bartels gegen die Verschleppung protestiert hatte. Der Vorsitzende des Ausschusses, der Volksparteiler **Leidiger,** hatte in einer interfraktionellen Zusammenkunft erklärt, die Pietät erfordere es, daß man solche Zeugen während der Aufbahrung Eberts nicht vernehmen könne. Die kommunistische Fraktion ließ hierauf erklären, daß mit Rücksicht auf Ebert lediglich **Verfehlungen zum Schaden des Proletariats verhüllt** werden sollen, daß durch dieselben Argumente noch monatelang die Unterschrift für die Staatsgelder bemäntelt werden soll. Für eine derartige Trauer bedanke sich die KPD. Sie protestiert aufs energischste gegen **jede Verschleppung und Verdunkelung.**

Der Zerfall des Reichsbanners

Zu einem schweren Konflikt zwischen Demokraten und Sozialdemokraten ist es in der Ortsgruppe Eisenach des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gekommen. Diese Differenzen, die jetzt in ihr akutes Stadium getreten sind, haben bereits in der Wahlzeit vor dem 7. Dezember eingesetzt. Das Reichsbanner in Eisenach, soweit es sich aus proletarischen Elementen zusammensetzte, machte die Hörsingsche Methode „Hoch Zentrum und hoch Demokraten“ nicht mit, sondern hat allen bürgerlichen Parteien gegenüber bei der Propagandafahrt durch die Straßen ein kollektives „Nieder“ oder ein „Pfui“ zugerufen. Dies hat naturgemäß auf die demokratische Partei, die dabei nicht ausgeschlossen war, höchst verstimmend gewirkt. Als neuer Differenzpunkt kommt hinzu, daß die Demokratische Partei und die bürgerlichen Teile des Reichsbanners für die Wiederwahl des Oberbürgermeisters Janssen, dem die proletarischen Elemente des Reichsbanners wegen seiner reaktionären Betätigung Feindschaft geschworen haben, eingetreten sind. Durch diese Zwischenfälle ist im Reichsbanner eine derartig zugespitzte Situation eingetreten, daß die proletarischen Elemente mit den bürgerlichen Elementen nicht mehr zusammengehen können. Die Demokraten verlangen, daß diejenigen, die ihre proletarischen Interessen verteidigen, aus dem Reichsbanner ausgeschlossen werden, da sie nicht gemeinschaftsbildend, sondern gemeinschaftszerstörend wirken.

Was hier in Eisenach sich abspielt, ist für das Reichsbanner typisch. Diese Konflikte, die hier bereits in ein offenes Stadium eingetreten sind, bedrohen alle Reichsbannergruppen, die in sich einen großen Teil proletarischer und instinktiv klassenmäßig denkender Elemente tragen. Noch mehr ist dieser Riß im Reichsbanner dort vorhanden, wo proletarische Elemente zusammen mit Angehörigen des Zentrums sich im Reichsbanner befinden, da im Gegensatz zu den Demokraten das Zentrum, wenigstens im Reich, bereits zur schwarzweißroten Front hinübergeschwenkt ist. Die proletarischen Elemente im Reichsbanner erkennen an Hand dieser Vorgänge, daß diejenige Organisation, die ihre proletarischen Interessen vertritt, nie und nimmer das Reichsbanner sein kann, sondern der Rote Frontkämpfer-Bund, der alle proletarischen Elemente umfaßt, die auf dem Boden des unversöhnlichen Klassenkampfes stehen.

Weiterer Abbau der Eisenbahner

Nachdem die Dawes-Bahn bereits zehntause Arbeiter und Beamte auf die Straße gesetzt, fordert der sozialdemokratische Personaldirektor Hitzler in einem, mit dem 7. Februar 1925 datierten Schreiben sämtliche Reichsbahndirektionen auf, ihm bis zum 10. März eine Aufstellung zugehen zu lassen, wieviel Beamte weiterhin „eingespart“ werden können.

In Erfurt wurden am 28. Februar 1200 Eisenbahner entlassen. In Jena, Gotha, Meiningen und Saalfeld sollen weitere Einschränkungen vorgenommen werden. In den nächsten Tagen werden wir auch aus anderen Städten ähnliche Meldungen melden müssen.

*

Der 1. März sollte der Großkampftag, die Herstellung des Dreibundes, der Bergarbeiter, Metallarbeiter und Eisenbahner, sein. Den Reformisten aller drei Verbände ist es diesmal noch gelungen, den für die Arbeiterschaft erfolgversprechenden Kampf zu hintertreiben. Nur wenige Wochen werden vergehen, wo auch dem letzten Arbeiter dieser Verrat an der Sache des Proletariats zum Bewußtsein kommt. Diese kurze Zeit gilt es auszunutzen zur Stärkung der freien Gewerkschaften. Die Einheitsfront wird und muß auch gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten erzwungen werden. Gelingt es uns, die Saboteure aus den Gewerkschaften zu verjagen, dann wird der unausbleibliche Kampf auch zur Sicherung der Existenz nicht nur die Eisenbahner, sondern auch aller anderen Arbeiter führen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250303-14/fragment/page=0001
DFG

Ebert befinden. Aber das Fazit ist doch traurig und bedauernswert. Der Artikel der Wiener „Arbeiterzeitung" ist natürlich voller Fehler. Ebert sei alles andere gewesen, nur kein Sozialdemokrat. Das entspricht natürlich in keiner Weise den Tatsachen. Gerade Ebert war der Topus der deutschen Sozialdemokratie. Parteien sind etwas wandelbares. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich zur bürgerlichen Partei umgewandelt durch ein Meer von Blut und Verrat, daß jeder Rückweg abgeschnitten ist. Und die USP.-Illusionen sind längst geschluckt, so daß sie aus fernen Landen hie und da nur noch als ein „unaussprechliches Seufzen" herüberwehen. Ebert ist konterrevolutionäre Tatsache. Alles andere, was sich im Rahmen der Parmat-Internationale dagegen erhebt, ist eine Seifenblase, die schön schillern mag, aber wesenlos ist.

Die austromarxistische Kritik an dem Werk Eberts gewährt aber einen tiefen Einblick in die theoretische Zerrissenheit der Zweiten Internationale. Und hier ist sie sehr lehrreich für die deutschen Arbeiter:

Als Lenin starb, war das nur der Anstoß dazu, daß sich alle der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien erneut mit einzig dastehender Einmütigkeit auf Lenins Werk, auf den Leninismus, festlegten. Die Ebert stirbt, muß er selbst von seinen eigenen Leuten Kritik erfahren. Wollte die Zweite Internationale Eberts Werk als richtungsgebend preisen, dann würde selbst der letzte sozialdemokratische Arbeiter das mit einer Lachsalve beantworten.

Lenin — das ist die Kommunistische Internationale. Ebert — das ist die innerlich nicht nur durch Barmat, sondern auch durch völlige theoretische Anarchie zerfressene Zweite Internationale.

Wer zu wählen ist, darüber kann kein klassenbewußter Arbeiter mehr im Zweifel sein.

Die Lage im Ruhrbergbau

Ein Aufruf der KPD. und der Union

Die Kommunistische Partei und die Union erließen einen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrgebiets, in welchem es u. a. heißt:

„Es ist uns zwar gelungen, in den letzten Wochen breite Massen von der Notwendigkeit des Kampfes zu überzeugen, aber dieses Ergebnis ist erst in einem kleinen Teil der Bergarbeiterschaft zu dem nötigen Entschluß geworden, den Kampf auch gegen die Sabotage der Arbeitsgemeinschaftler und Gewerkschaftsführer aufzunehmen.

Kumpels! Euer Zögern, Eure Unentschlossenheit hat es den verräterischen Gewerkschaftsbonzen noch einmal möglich gemacht, zu triumphieren. **Aber diesen Triumph werdet Ihr zu bezahlen haben mit weiterer Verschlechterung Eurer Arbeits- und Lohnbedingungen, mit einer Verschärfung des Antreibersystems und einer Steigerung Eures Elends und der Arbeitermord wird weitere Opfer fordern.** Die Führer des Bergarbeiterverbandes im Einvernehmen mit dem Unternehmertum verfolgen wiederum die Taktik der Zerstörung der sich bildenden Kampffront und wollen durch Säuberung der Betriebe von allen revolutionären Elementen der Bergarbeiterschaft einen neuen Schlag verleihen. Sie werden keine Mittel scheuen, durch **organisierten Streikbruch, Einsetzung des bürgerlichen Machtapparates und durch Lügen und Verhandlungen die Bergarbeiter in eine Niederlage hineinzutreiben.** Angesichts des noch ungenügenden Kampfwillens der Bergarbeiter und der offenen Verräterabsicht der arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftsführer hat Euch die Kommunistische Partei am 2. März **nicht** zum Kampfe aufgerufen. Aber Eure unerträgliche Lage, die noch trostloser wird in den nächsten Wochen, wird Euch in kurzem erneut vor die Entscheidung stellen, ob Ihr Eure Existenzforderungen durchsetzen wollt. Darum gilt es, ungesäumt und mit verstärkter Energie die Voraussetzungen zu einem siegreichen Kampf zu schaffen. KPD. und Union rufen Euch zu, alle Kräfte daran zu setzen, **die Zersplitterung im Bergbau zu beseitigen.**

Schafft die einheitliche Kampffront! **Hinein in den BVV. alle, die Ihr noch unorganisiert seid!** Beseitigt die Hulemänner und Limbertz und alle Reformisten aus der Führung des BVV. Macht aus dem BVV. eine Gewerkschaft, die die Klasseninteressen des Bergproletariats mit allen Mitteln durchsetzt. Auf diesem Wege werden wir die Zersplitterung der Bergarbeiterschaft beseitigen und auch im Bergbau **die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit erzwingen.** Die Bergarbeiterschaft wird erkennen, daß es für sie keinen anderen Weg gibt, aus Elend und Unterdrückung, als den Weg, den die Kommunisten ihnen weisen.

Schart Euch um unsere rote Fahne des proletarischen Klassenkampfes und organisiert mit uns den Kampf **für die Siebenstundenschicht unter Tage und die Achtstundenschicht über Tage und 10prozentige Lohnerhöhung.**

Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Ruhrgebiet.
Zentrale der Industriegruppe Bergbau, — Union."

Das Wüten der Klassenjustiz

Wegen eines Gänsemarsches 33 Monate Gefängnis

Das große Schöffengericht in Rudolstadt verurteilte am Sonnabend, dem 21. Februar, zehn Kommunisten aus Gräfenthal wegen Landfriedensbruchs zu 33 Monaten Gefängnis.

Anläßlich einer Jungdovversammlung im Mai v. J. kam es zu einer Schlägerei zwischen Jungdo und Arbeitern. Die Arbeiter gingen an diesem Abend im Gänsemarsch durch die Stadt. Die Anklage war so lächerlich, daß der Anklagevertreter selbst nur mit Mühe den Strafantrag aufrechterhalten konnte. Wegen eines Gänsemarsches und einer provozierten Schlägerei werden zehn Arbeiter 33 Monate ins Gefängnis geschickt.

Notwehr kennt die Klassenjustiz bei den Proleturiern nicht

Im November v. J. wurde der Bergarbeiter Paulus bei Ebersfedt in Thüringen von sieben Jungdobrüdern nachts um 12 Uhr überfallen, als er gerade von der Nachtschicht aus dem Kohlenschacht kam. Mit dem Ruf: „Kommt, wir erläufen den Hund", drangen die jungdeutschen Rowdys auf den Bergarbeiter ein, um ihn zu erschießen. In seiner Bedrängnis griff Paulus ebenfalls zur Waffe und gab drei Schüsse auf die Jungdoleute ab. Einer von ihnen wurde verletzt und starb am anderen Morgen an dieser Verletzung.

Dieser Tatbestand wurde gerichtsnotorisch festgestellt und Paulus ging frei aus. Nunmehr hat man ihm einen Prozeß wegen vorsätzlicher Tötung gemacht. Das Schwurgericht Erfurt verurteilte Paulus wegen Körperverletzung mit Todesfolgen zu zwei Jahren sech Monaten Gefängnis.

Das Gegenstück

Das Stettiner Schwurgericht verhandelte dieser Tage gegen den Kaufmann Joske aus Altdamm wegen vollendeten Totschlags und schwerer Körperverletzung, begangen gegen einen 16jährigen Arbeiter, den er durch einen Revolverschuß getötet hatte. Der Kaufmann hatte in der schlimsten Zeit der Inflation seinen Laden geschlossen. Eine große Menschenmenge protte deswegen an seine Tür, damit er die Waren verkaufe. Darauf feuerte Joske vier bis fünf Revolverschüsse in die Menge. Mehrere Personen wurden verletzt und der 16jährige Arbeiter erlag seinen Verwundungen. Der faszistische Mordbube wurde glatt freigesprochen, und zwar mit der Begründung, daß er das zulässige Maß von Notwehr nicht überschritten habe.

Faszistenjustiz

In Dessau standen sechs Arbeiter unter Anklage des Landfriedensbruches. Sie hatten einen Zusammenstoß mit Stahlhelmleuten, die blindlings auf die Arbeiter geschossen hatten. Der Arbeiter Sandberg erhielt ein Jahr, Vetter neun Monate, Höhnicke sechs Monate und Goltze vier Monate Gefängnis. Die Arbeiter Lebe und Kaplick mußten freigesprochen werden. Anschließend an das Urteil bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationszug durch die Stadt, der die Freilassung der verhafteten Arbeiter forderte.

22 Monate Gefängnis wegen einer Demonstration

Vor dem Amtsgericht in Chemnitz fand eine Berufungsverhandlung gegen vier Arbeiter wegen Landfriedensbruchs statt. In der ersten Verhandlung waren die Angeklagten, die sich an einer Lohndemonstration im Oktober 1923 gegen die Firma Weitmüller beteiligt hatten, freigesprochen.

Der Staatsanwalt erreichte diesmal die Verurteilung der angeklagten Arbeiter. Es wurden Gefängnisstrafen in der Höhe von 4 bis 8 Monaten, insgesamt 22 Monate Gefängnis verhängt.

Ein neues Schandurteil in einem „Aufruhrprozeß"

Bei einem Sommerfest des Evangelischen Arbeitervereins kam es zwischen einigen Arbeitern und dem dortigen Landjäger zu einem Streit.

Deswegen wurden von der Strafkammer Heiligenbeil die Arbeiter Aendt zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis; Tiedemann zu zwei Jahren Gefängnis und Schubert zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sogar Zuchthausstrafen beantragt.

Vier lehrreiche Beispiele

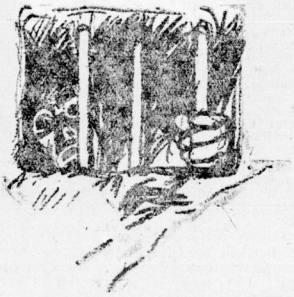
Die „Rote-Hilfe"-Organisation, das Solidaritätswerk der Arbeiterschaft für die politischen Gefangenen, muß zu einer Massenorganisation ausgebaut werden. Bei ernsthafter Organisationsarbeit ist es auch sehr leicht möglich. **Nachstehende Beispiele beweisen das:**

Die Kommunistische Jugend Heidelbergs veranstaltete in Kirchheim in Baden eine Hausagitation für die „Rote Hilfe". An zwei Werbesammtagen wurden für die „Rote-Hilfe"-Organisation 120 neue Mitglieder gewonnen.

In Mannheim hat die KPD. 39 Mitglieder, die „Rote-Hilfe"-Organisation 302.

In der Eisengießerei Britz in Berlin hatte die kommunistische Zelle 13 Mitglieder, die „Rote Hilfe" dagegen 78.

Die Zelle Müllabfuhr, Depot Mühlenstraße, Berlin, hat 13 Mitglieder und die „Rote-Hilfe"-Organisation 84. Diese Beispiele müssen in allen Betrieben Nachahmung finden!



Helft euren Vorkämpfern, bringt euren Brüdern „Rote Hilfe"

Verhandlungen mit den Eisenbahnern gescheitert

Die Verhandlungen der Eisenbahner mit der Hauptverwaltung der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft und den am Tarif beteiligten Organisationen über Löhne und Arbeitszeit sind gescheitert. Die Gewerkschaften stellten unter dem Druck der Eisenbahner erheblich größere Forderungen auf und wollten hiervon nicht abgehen. Die Verhandlungen sind einstweilen ausgesetzt.

Sie können nur noch unterm Polizeischutz sprechen

Ehren-Leinert als Referent

In Herne sprach in einer Versammlung der SPD. der 22 000-Mark-Leinert. Die Versammlung stand unter dem Schutz eines starken Polizeiaufgebots. Der Polizeihäuptling holte sich vor Beginn der Versammlung Instruktion vom Vorstandsitz zum Vorgehen gegen die revolutionären Arbeiter. Den Auftakt bildete die Verhaftung eines Jugendgenossen auf der Straße. Als während der Rede des Vorsitzenden über Ebert eine Anzahl Arbeiter sitzen blieben, wurden sie vom Reichsbanner überfallen und auf die Straße geworfen. Der Polizeikommissar sprang auf einen Stuhl und hielt eine Rede folgenden Inhalts: „Setzen sie sich ruhig hin, meine Herrschaften, wir werden sie schützen. Jeder, der sich mukt, der es magt, Zwischenrufe zu machen, und nicht parteit, wird rücksichtslos eingesperrt."

Zu dieser Pogromrede schrien die Reichsbannerleute „Bravo!"

Zusammenstoß zwischen Reichsbanner und RFB.

(WTB.) Köln, 2. März.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es gestern in einer Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in der der Vorsitzende des Reichsbanners, Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörsing, sprechen sollte. Am Eingang des Saales hatten sich zahlreiche Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes versammelt, die Hörsing mit stürmischen Pfiffen entgegentraten. Es kam zu einer Schlägerei, bei der mehrere Personen erheblich verletzt wurden.

Volksgerichte im Sowjetstaat

Von S. Brande (Moskau)

Eine der ersten Maßnahmen des Proletariats nach der Oktoberrevolution war die Organisation der Volksjustiz und der Gerichtsbarkeit. Die Aufgabe des neuen Gerichtssystems war, den Interessen der Arbeiterschaft und ihrer Verbündeten, der Bauernschaft, zu dienen.

Der Charakter der Sowjetmacht, die nichts anderes ist als die Macht der Arbeiter- und Bauernklassen, hat eine Organisation der Sowjetjustiz geschaffen, die den breiten Arbeiter- und Bauernmassen die Teilnahme am Gerichtsverfahren sichert.

Die Sowjetgesetze, die auf dem Prinzip der Aufrechterhaltung und des Schutzes der proletarischen Diktatur in der Arbeiter- und Bauernrepublik ruhen, weisen Eigentümlichkeiten auf, die sie von den Gesetzen der bürgerlich-kapitalistischen Länder schroff scheiden. Das Strafgesetzbuch der Sowjetunion definiert das Verbrechen als eine für die vom Proletariat eroberte Ordnung gefährliche Erscheinung; der Kampf mit dem Verbrechen wird nicht zu Rache- und Einschüchterungszwecken geführt; der Verbrecher ist ein gefährlicher Mensch, den man isolieren oder bessern muß, doch darf man sich an ihm nicht rächen; die Höhe der Strafe wird bestimmt durch den Grad der Gefährlichkeit des Verbrechers und des begangenen Verbrechens.

Das Gesetz verleiht dem Gericht das Recht, die Strafe unter das von dem entsprechenden Gesetzesparagraphen bestimmte Maß herabzusetzen, und zu einer leichteren, wenn auch von dem Paragraphen nicht vorgesehenen Strafe zu greifen. In jenen Fällen, wenn das Verbrechen ein erstmaliges ist und unter schweren Lebensbedingungen des Verbrechers begangen worden ist usw., ist der Verbrecher für die Oeffentlichkeit nicht gefährlich, und das Gericht kann auf eine nur bedingte Strafe erkennen.

Die unterste Zelle der Sowjetjustiz ist das „Volksgericht", bestehend aus einem ständigen Volksrichter, der vom Gouvernements-EK. der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten auf ein Jahr gewählt wird, und aus zwei Beisitzern, die von den werktätigen Massen auf sechs Tage gewählt werden. Volksrichter kann jeder Bürger, beziehungsweise jede Bürgerin der Sowjetrepublik sein, die im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, aktives und passives Wahlrecht zu den Sowjets besitzen, sowie eine bestimmte Anzahl von Jahren verantwortlicher Arbeit in gewerkschaftlichen, öffentlichen oder Parteiorganisationen geleistet haben oder mehrere Jahre praktisch in Organen der Justiz tätig waren. Beisitzer können alle werktätigen Bürger, beziehungsweise Bürgerinnen der Sowjetunion sein, die aktives und passives Wahlrecht zu den Sowjets haben und im Vollbesitz ihrer bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Somit können ausschließlich werktätige Elemente Volksrichter und Beisitzer sein. Die Statistik der Moskauer Gerichtsbehörden bringt folgende Angaben über die Zusammensetzung der Volksgerichte:

Ständige Volksrichter:

Arbeiter	52,6 Proz.
Bauern	20,8 Proz.
Intellektuelle	18,8 Proz.
Angestellte	7,8 Proz.

Beisitzer:

Arbeiter	72 Proz.
Bauern	2,1 Proz.
Angestellte	25 Proz.

(Die Statistik bezieht sich auf Moskau und auf das Jahr 1924.)

Diese Zusammensetzung sichert schon an und für sich eine folgerichtige, klassenbewußte Handhabung des Strafverfahrens und bietet eine wesentliche Garantie für eine richtige Ausübung der Justiz. Es ist hervorzuheben, daß, obwohl die Volksrichter in ihrer überwiegenden Masse unmittelbar vom Schraubstock und von der Pflugschar her, ohne vorhergehende juristische Vorbildung, zur Ausübung des Richteramtes herangezogen werden, sie sich doch sehr rasch in der Gesetzgebung zu orientieren beginnen, da diese das revolutionäre Rechtsbewußtsein des Proletariats widerspiegelt.

Betrachtet man die Zahl der im Laufe der letzten Jahre von den Gerichtsbehörden Moskaus, den bedeutendsten in der Sowjetunion, eröffneten Strafverfahren, so macht sich eine Tendenz zum Fallen der Zahl der Verbrechen bemerkbar; die Zahl der zivilrechtlichen Verfahren hat dagegen in Zusammensetzung mit der Neuen Wirtschaftlichen Politik eine steigende Tendenz (nach den Angaben der Volksgerichte der Stadt Moskau):

In Prozenten des Jahres	Zivilrechtliches Verfahren	Strafrechtliches Verfahren
1919	171	105
1920	57	99
1921	100	108
1922	500	56
1923	671	88
1924 (erste Hälfte)	900	80

Diese Tabelle weist unbestreitbar auf eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen hin, die zur Verringerung der Anzahl der strafgerichtlich verfolgten Taten beitragen, gleich zeitig also auch auf eine Belebung der zivilrechtlichen Verhältnisse.

Eine besondere Stellung nimmt ein und von besonderer Bedeutung ist in der Tätigkeit der Volksgerichte die spezielle Session für Arbeitsverfahren, deren Kompetenz sich auf alle Fälle von Uebertretungen des Arbeitsgesetzbuches und auf alle Streitigkeiten erstreckt, die aus dem Lohnarbeitsverhältnis entspringen; alle diese Angelegenheiten gelangen mit größter Schnelligkeit zur Verhandlung; es genügt darauf hinzuweisen, daß alle Geldforderungsklagen der Arbeiter nicht später als zwei Wochen nach Einreichen der Klage verhandelt werden. In der Strafbemessungspolitik dieser Arbeitssession spielt die Geldstrafe eine bedeutende Rolle; sie wird bis zur Höhe von 64,4 Prozent festgesetzt, und indem sie auf diese Weise für die Uebertretung des Arbeitsgesetzes recht fühlbar ist, untergräbt sie doch nicht die Unternehmungen selbst.

Es muß hier dabei als wichtig hervorgehoben werden, daß die in der Arbeitssession zur Verhandlung kommenden zivilrechtlichen Klagen hauptsächlich gegen Privatunternehmungen gerichtet sind; die Gesamtzahl dieser Klagen bilden in den ersten drei Quartalen des Jahres 1924 64 Prozent.

Die Strafpolitik des Sowjetgerichts spiegelt die Klassenzusammensetzung und die Klasseneinstellung in den Verhandlungen getreu wieder. Die Höhe der Strafe wird festgesetzt mit Rücksicht auf den Grad der Wichtigkeit des Verbrechens, unter Beachtung seiner Beweggründe und der sozialen Abstammung des Verbrechens.

Hand in Hand mit dem Erstarken der Sowjetmacht, mit der Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen, mit der Hebung der materiellen Lage und des Kulturniveaus der Bevölkerung usw., beobachten wir ein Sinken der Strafzusmaße, ebenso auch ein Sinken des Prozentsatzes von Freiheitsstrafen, und im Gegensatze dazu ein Steigen des Prozentsatzes von Vermögensstrafen und bedingten Strafen. Diese Erscheinung ist in allen Gerichtszellen der Stadt Moskau bemerkbar.

Zum Schluß muß hervorgehoben werden, daß die Sowjetjustiz in enger, unmittelbarer Fühlung mit der Bevölkerung steht, nicht nur dank der Heranziehung dieser letzteren zu den Pflichten der Beisitzer, sondern auch durch Berichte und Vorträge, die auf allgemeinen Arbeiterversammlungen in den Betrieben und in Dorfversammlungen der Bauern stattfinden. Auf diese Weise wird die Tätigkeit der Sowjetgerichte in weiten Kreisen von Arbeitern und Bauern erörtert und ausführlich beleuchtet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250303-14/fragment/page=0002

Das Parfüm der Korruptions-Partei

Die SPD. ist magenkrank.
Man hält's nicht aus vor dem Gestank.
Nach Barmat riecht es und nach Ruhr.
Das „Volksblatt" klagt: „Was tu ich nur?"
Jetzt hat er das Parfüm ergattert:
Horcht, wie die „Tscheka"-Bombe knattert!
Herr Kuttner schielt nach rechts indessen:
„Kommt, laßt uns Zank und Streit vergessen!
Der „Tscheka"-Schwindel wird uns decken,
Wenn wir den eignen Mist verstecken!"

Slang.

Eine bürgerliche Stimme über den „Tscheka"-Schwindel

In der bürgerlichen „Welt am Montag" unterzieht Dr. Frosch den sogenannten „**Tscheka**"-Prozeß in Leipzig einer beißenden Kritik. Er schreibt u. a.:

„Und das kann niemand wundern, der begriffen hat, daß es sich bei diesem ganzen Verschwörerbetrieb **weder** um eine „**Tscheka**", noch selbst um eine tatentschlossene Terrorgruppe, d. h. **eine offizielle kommunistische Behörde handelt**, sondern eben um den **Bund der roten „Katzen"**, d. h. um eine **gruselig-romantische Privatgründung eines erblich** belasteten, **hystero-epileptischen Wichtigtuers**, der auf diese Weise eine Rolle in der revolutionären Bewegung **spielen wollte**. Es ist vollkommen logisch, daß dieser selbe **Neumann nun auch vor Gericht** die **erste Geige** zu spielen versucht und mit **Inbrunst den Kronzeugen**, den Enthüller großen Stils markiert.

Bloß ein Unterschied ist da. Die sogenannten „**Mitverschworenen**" waren vernünftig genug, den Prahlhans rasch zu durchschauen; und dann sagte etwa einer zu dem andern: „Laß doch den Quatsch, das ist doch **Theater**, das ist **Romantik; trinken wir noch ein Glas Bier.**" Leider ist der **Vorsitzende Niedner** noch lange nicht so weit, sich ähnlich zu dem **Reichsanwalt** zu äußern — oder umgekehrt ... Und eben jetzt erweist es sich, bei der Vernehmung des Angeklagten Meus im „Tscheka"-Prozeß, daß der Zeuge **Neumann direkt als Spitzel** arbeitete, indem er dem „Mitschuldigen" **belastendes Material** — Schriften und chemische Substanzen — **zur Aufbewahrung gab**, um sie ihm nach seiner eigenen Verhaftung **durch die Polizei abnehmen zu lassen. Erzwungene und freiwillige Spitzel: in dieser Atmosphäre gibt es keine Entdeckungen** zu machen, als die einer durch die **behördliche Duldung gezüchtete Niedertracht.** Aus diesem Sumpf steigen keine **Erkenntnisse** politischer Zusammenhänge, sondern nur **Giftgase**, die die Luft verpesten und **Nebel**, die die Gehirne **verdummen:** so daß die Menschen **rote Katzen** sehen wie **alkoholumduselte weiße Mäuse.**"

Schließlich beabsichtigt ja auch die Bourgeoisie mit dieser infamen Justizkomödie, verbunden mit einer noch infameren Pressehetze, nichts anderes, als tatsächlich die Massen der werktätigen Bevölkerung in ein antibolschewistisches Delirium **tremens** zu versetzen.

Wie früher eine **Anzahl Arbeiter** durch eine **gewisse Presse** bearbeitet, in der Tasche der kommunistischen Kollegen **die verdächtigen Sowjetrubel klimpern hörte**, so sollte dieser **Prozeß** einen „**Schrei der Empörung" über die „moralische Verlumpung"** der Kommunisten auslösen.

Das **brutale** Auftreten des **Lynch-Niedners und die idiotischen** Aussagen seiner Vigilanten haben **den Arbeitern die Augen geöffnet.** Der „Tscheka"-Schwindel hat seine Wirkung verfehlt. **Lynch-Niedner** hat sich umsonst bemüht. **Blinder Eifer schadet nur ... Das** muß er sich noch **obendrein von Bürgern** sagen lassen.

Polizeiterror gegen Arbeiter

(Eig. Drahtm.) **Hamborn, 3. März.**

Bei der am Sonntag stattgefundenen Amnestiekundgebung **kam** es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Versammlungsteilnehmern. Die Versammlung, die einen ruhigen Verlauf **nahm** und in **großer Ruhe auseinanderging, wurde von einem Ueberfallkommando** überfallen und in der brutalsten **Weise mißhandelt. Die** mitgeführten roten Fahnen wurden beschlagnahmt. Den Frauen wurden die roten Kopftücher heruntergerissen und **als Dreckfetzen** bezeichnet und die Frauen selbst in brutalster Weise mit Gummiknüppeln mißhandelt. Aus Polizeikreisen wurde mitgeteilt, daß am Sonntag die Polizei bereits in höchster Alarmbereitschaft lag und dauernd Trinkgelage abgehalten wurden.

Kommunisten sind vogelfrei!

(Eig. Drahtm.) **Prag, 3. März.**

Der kommunistische Abgeordnete Arthur Rosenberg und ein weiterer deutscher Kommunist, die sich anläßlich des Parteitages der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei aufhielten, wurden verhaftet, ausgewiesen und über die Grenze befördert.

Idioten

Aus Dortmund melden die bürgerlichen Blätter:

Vom **Dienstgebäude** des hiesigen **niederländischen Konsulats** wurde in der Nacht zum Sonntag die auf Halbstock **gesetzte Fahne heruntergeholt,** zerrissen und gestohlen. Die Täter, Angehörige des **kommunistischen Jungsturms,** konnten noch nicht gefaßt werden. Die Tat soll **auf** einen **Beschluß der KPD.-Zentrale** in Berlin zurückzuführen sein, **wonach** derjenigen Ortsgruppe drei Sowjetfahnen verliehen **werden,** die die **meisten entwendeten Reichsfahnen aufzuweisen hat.** Bei dem Attentat auf die rot-weiß-blaue holländische Flagge **passierte** den **Räubern** insofern ein Irrium, als sie in der Dunkelheit das Blau der niederländischen Flagge mit **dem** Schwarz **der alten** Reichsfarben **verwechselten.**

*

Diese **Meldung, die u. a. die** „Hallesche Zeitung" von gestern abend bringt, ist **komplett** blödsinnig. Erstens, wenn man die Täter **noch** nicht **gefaßt** hat, **woher soll man dann wissen, daß es sich um** Angehörige des kommunistischen Jungsturms handelt? **Zweitens sind unseres Wissens die Reichsfahnen** immer noch schwarz-rotgold **und bislang noch nicht schwarzweißrot.** Der Wunsch also ist hier der Vater des Gedankens. Drittens sind wir der Ueberzeugung, **daß die Zentrale der KPD. eine hohe** Belohnung **für diejenige Gruppe des** kommunistischen Jungsturms ausgesetzt haben soll, die eines **derartig idiotischen** Redakteurs **habhaft** wird, der solche **Meldungen** in seine Zeitung hineinlanziert. Die Kommunisten **sind der Ueberzeugung, daß nichts besser** die bürgerliche Zuverlässigkeit **und** die konterrevolutionäre **Politik** des verstorbenen **Reichspräsidenten dokumentiert, als die** Tatsache, daß heute schwarz-weiß-rote Fahnen auf Halbmast gesetzt und mit Trauerflörchen umwunden werden.

Noch ein sozialdemokratischer „Ehrenmann"

Aus Darmstadt wird gemeldet, daß gegen den Leiter des Gewerkschaftsbundes der städtischen Beamten, den sozialdemokratischen **Stadtverordneten Hille, ein Verfahren eingeleitet wurde, weil dieser Sozialdemokrat unter dem dringenden Verdacht steht, öffentliche Gelder unterschlagen zu haben.**

Der Leipziger Spitzelprozeß unterbrochen

Der Lockspitzel König — eine heillose Blamage

Ehe am **Sonnabend der** Präsident dem Lockspitzel **König das** Wort **erteilte,** erhob sich Rechtsanwalt **Marschner, der** zusammen mit Rechtsanwalt Rosenfeld den Angeklagten Skoblewski verteidigt:

„Ich mache im Auftrage der Verteidigung folgende Mitteilung: Es sind in letzter Zeit in doppelter Form Einwirkungen auf die

Verteidigung versucht worden. Die Verteidiger erhielten Drohbriefe, in denen sie mit Körperverletzung und Schlimmerem bedroht **wurden. Bei** einem der Verteidiger ist ein Einbruch verübt **worden, der sofort als politischer** Einbruch **festgestellt worden ist.** Es war bei diesem Einbruch auf Schriftstücke abgesehen, die in russischer Sprache abgefaßt waren oder sich auf russische Verhältnisse bezogen. **Wir** werden uns selbstverständlich durch keinerlei Drohungen in unserer Pflicht beirren lassen."

Darauf wird der Lockspitzel König vernommen. Dieser Spitzel **ist wegen Vergehens** gegen das Sprengstoffgesetz zu **1 Jahr Gefäng-**

In Leipzig herrscht der Neumann-Fimmel.
Kohl-Niedner fühlt sich wie im Himmel.
„Mein Felix" — sprach er — **„welch' Genie!**
Gott segne seine Phantasie!"

Slang.

nis verurteilt worden. Dem Buchstaben dieses antibolschewistischen **Gesetzes nach hätte er 5 Jahre Zuchthaus bekommen sollen. Welche ungeheuerliche Strafe man mit Hilfe dieses Gesetzes gegen revolutionäre Arbeiter gefällt hat, ist bekannt.** Da man den Lockspitzel **nicht ganz frei ausgehen lassen konnte, hat man ihn mit 1 Jahr Gefängnis bedacht. Wie das Spitzelpaar im Gefängnis behandelt wurde, darüber wird noch zu sprechen sein.**

König gibt an, er sei 1923 in die KPD. hineingegangen und sei Hundertschaftsführer geworden. Dabei habe er nicht nur an mehreren von Wollenberg, dem „Militärischen Oberleiter von Südwest", geleitete Konferenzen, sondern auch an Sitzungen der politischen Oberleitung teilgenommen. Dabei muß er zugestehen, daß er

„eigentlich dabei gar nichts zu suchen gehabt hätte". Wollenberg habe in einer Rede aufgefordert, die Bourgeoisie

„mit tierischer, jawohl, mit tierischer Gewalt"

zu beseitigen. Gemäß seiner Rolle vor dem Niednerschen Gerichtshof gibt er dann nach Neumannschem Vorbild ein grotesk klingendes Gutachten über die KPD. ab. „Allerdings war das Ziel der KPD. **auch** die Abwehr der faszistischen Gefahr. Aber der Grundgedanke **war der,** daß die KPD. als **Partei an und für sich** die Regierung stürzen wollte. Ueberhaupt spielte dieser König seine Rolle **so plump und ungeschickt,** daß der Präsident allen Grund hatte, **ärgerlich zu werden.** Auch der **Reichsanwalt Dr. Neumann** erhebt sich einige **Male mit** allen Zeichen des **Verdrusses und spaziert im** Saal **auf** und ab. Als **Niedner** z. B. fragt: Sie haben früher angegeben, daß bei der Bildung der militärischen Oberleitung in Stuttgart **auch** Terrorgruppen eingerichtet wurden, **nicht wahr, das kann nicht stimmen?** Da gibt der etwas schwer begreifende König die groteske Antwort: „Im Nachrichten-Apparat (!!!) war auch eine Terrorgruppe einbegriffen. Sie war geheim gehalten.

Inwieweit sie tatsächlich bestanden hat, weiß ich nicht."

Nachher versucht König seinen Fehler zu verbessern, macht ihn aber nur noch schlimmer. Er spricht jetzt von einer in einer Stuttgarter Vorstadt gebildeten „Gruppe zu besonderer Verwendung". Er könne aber nicht mit Bestimmtheit sagen, ob das eine Terrorgruppe gewesen sei. Eine andere allzu **plumpe Antwort des König war** seine Behauptung: „Ich hatte so gesprochen, daß die Zentrale der KPD. **an und für sich eine militärische Organisation war."**

In der Darstellung seiner Tätigkeit **vermag er seine Spitzelrolle** so wenig zu verbergen, daß er zum Beispiel die polizeiliche Aushebung einer Kurierzentrale mit folgenden Worten berichtet:

„Ich hatte vorher wegen der Polizei von der Unterbringung in diesem Lokal gewarnt und tatsächlich traf meine Warnung schon am nächsten Tage ein."

Bei der Sitzung, in der Wollenberg den plötzlich erscheinenden Kriminalpolizisten habe erschießen lassen (die Geschichte ist bereits von Neumann geschildert worden), will König selbst zugegen gewesen sein. Aber nicht er, sondern der Spitzel Wetzel habe die Sitzung hochgehen lassen, soviel er gehört habe.

Hier gibt es ein kurzes Zwischenspiel. Niedner **erklärt** plötzlich die Adresse des Rechtsanwalts Samter: „Ich möchte bitten, nicht mit einem so merkwürdigen Lachen diese ganz ernsthaften Aussagen zu quittieren!" Samter: „**Ich kann mir nicht versagen, bei den Ausführungen eines solchen Angeklagten das Gesicht zu verziehen. Ich habe Grund dazu, über derartige Aussagen und über derartige bezahlte Arbeit zu lachen."** Niedner **schweigt mit verbissenem Gesicht ...**

Dann taucht in die Schilderung des **König auch schon die Gestalt** seines Kumpans Diener auf. Von Diener **habe er Auftrag erhalten, „bei Parteigenossen Haussuchungen zu halten, zu kontrollieren, ob sie keine gefährlichen Papiere im Besitz hätten, um auf diese Weise die KPD. zu schützen."** Dazu **habe er auch einen** Ausweis erhalten: „Herr Jakob Steinbuckel ist **berechtigt, bei den** Genossen Haussuchung vorzunehmen." „KPD." (!)

Dem Bürger wird es kalt und heiß.
Das Feuer brennt ihn unterm Steiß.
Wie hilft er sich von seiner Qual?
Mit „Tscheka"-Märchen, frei nach Wahl!

Slang.

König schildert dann, wie er mit **Meus, Szon und Neumann in** Verbindung gekommen sei. Neumann habe sich **vorgestellt:**

„Ich bin der Chef und heiße Hans."

König will dann zunächst bei der Beobachtung **des ihm persönlich** befreundeten Spitzels mitgewirkt haben, oder vielmehr: **„Ich habe den Auftrag gar nicht ausgeführt, weil ich kein Interesse daran hatte, das zu tun."**

Als der Spitzel König gerade mit ganz „**harmloser" Miene** schildert, wie er zusammen mit Szon **das Haus des Kriminalwachtmeisters** Schlotter beobachtet habe, wie Schlotter **dann plötzlich aus**

dem Hause herauskam, den Szon verhaftete und **ihn selbst aber, den Biedermann König, nicht mitnahm ...,** da traf **die Nachricht** vom Tode Eberts ein.

Nach einer kurzen Beratung des Gerichts **vertagt Präsident Niedner** wegen des Eberts Tod den **Prozeß bis Dienstag, 3. März, mittags 12 Uhr.**

Strafanzeige gegen den Senatspräsidenten Dr. Niedner

Berlin, 3. März.

Wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, ist wegen der Ausweisung des Rechtsanwaltes Dr. Samter aus dem „Tscheka"-Prozeß durch die Polizei gegen Senatspräsident Dr. Niedner von dritter Seite bei der Leipziger Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung, Nötigung im Amte und widerrechtliche Festnahme, erstattet worden. Im übrigen erhalten die „Tscheka"-Verteidiger, insbesondere der an dem bekannten Konflikt am meisten beteiligte Anwalt, fortgesetzt Drohbriefe.

Die bürgerliche Presse Englands zum Leipziger Prozeß

Die gesamte bürgerliche Presse Englands **fährt fort, dem Barmat-Skandal** größte Aufmerksamkeit zu schenken **und nimmt verhältnismäßig** wenig Notiz vom Leipziger Prozeß. **So weit redaktionelle** Aeußerungen zu den Berichten vorliegen, **spricht aus ihnen** ein **großer Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Anschuldigungen.** „Manchester Guardian" ist der Meinung, daß die Auffassung der deutschen Kommunisten, der **Spitzel Felix Neumann sei geistesgestört**, nicht unbegründet ist.

„The Observer", ein führendes **konservatives** Organ, **schreibt** u. a.: **„Man muß bezweifeln, ob die Anschuldigungen eines Mannes, der zum Spitzel geworden ist, durchaus zuverlässig sind."**

Die Bemühungen um den Spitzel Neumann.
Die Hauptsache ist, wenn er noch 14 Tage durchhält.

Arbeiterfrauen! Am 8. März demonstrieren die schaffenden Frauenmassen der ganzen Welt für ein Bündnis mit Sowjet-Rußland!

Versammlungen der KPD

Frauenfunktionäre. Heute abend 6 Uhr in der „Produktiv.“ wichtige Sitzung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Distrikt 13a. Distriktsversammlung Dienstag abend ½8 Uhr im „Turnerschlößchen“.
Ammendorf. Vorstands- und Distriktsführersitzung Donnerstag, 5. März, abends 8 Uhr, im „Elstertal“.
Passendorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 6. März, 8 Uhr, „Drei Lilien“.

Kreis Merseburg

Dürrenberg. Volksversammlung Mittwoch, 4. März, abends 8 Uhr, „Kronprinz“.
Schkeuditz. Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 4. März, 8 Uhr, „Stadt Berlin“.
Merseburg. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 6. März, 8 Uhr, „Funkenburg“.
Altranstädt. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 7. März, abends 8 Uhr, im Lokal Tuchscherer.

Mansfelder Seekreis

Eisleben. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 6. März, 8 Uhr, „Volkshaus“.

Mansfelder Gebirgskreis

Hettstedt. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 7. März, abends 8 Uhr, im „Hohenzollernpark“.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 6. März, 8 Uhr, „Volkshaus“.

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Wolfen. Mitgliederversammlung Mittwoch, 4. März, 8 Uhr, im Lokal Klinkig.
Wittenberg. Volksversammlung Freitag, 6. März, abends 8 Uhr, Lokal Freudenberg.
Friedersdorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 4. März, 8 Uhr, „Zum Stern“.

Kreis Zeitz

Zeitz. Volksversammlung Freitag, 6. März, abends 8 Uhr, in der „Reichshalle“.
Zeitz. Sitzung sämtlicher Betriebszellenobleute, Fraktionsvorstände, kommunistischer Kartelldelegierter und politischen Leitung am Sonnabend, 7. März, abends 8 Uhr, in der „Schuhmacher-Herberge“.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Cosdorf. Mitgliederversammlung Dienstag, 3. März, abends 8 Uhr, im Gasthof.
Grünewalde. Mitgliederversammlung Mittwoch, 4. März, abends 8 Uhr, Gasthof.
Naundorf. Mitgliederversammlung Donnerstag, 5. März, 8 Uhr, im Lokal Damm.
Falkenberg. Mitgliederversammlung Freitag, 6. März, abends 8 Uhr, im Gasthof.
Prösen. Mitgliederversammlung Sonnabend 7. März, 8 Uhr, im Lokal Teuring.

Kreis Naumburg

Roßleben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 7. März, abends 8 Uhr, im „Weißen Hirsch“.

Empfehlenswerte Literatur

der

Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Lenin: Ueber Organisationsfragen	brosch.	1,20
Lenin: An die Jugend	brosch.	0,60
Lenin: Zur Frauenbefreiung		0,20
Sinowjew: Der Krieg und die Krise des Sozialismus geb. 8,00	brosch.	6,50
Sinowjew: Die Weltpartei des Leninismus	brosch.	1,20
Stalin: Linin und der Leninismus ... geb. 1,80	brosch	1,20
Fröhlich: Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg geb. 2,50	brosch.	1,50
Felix Halle: Wie verteidigt sich der Proletarier	brosch.	0,80
Barmat und seine Partei		0,20
Der Ebertprozeß		0,20
Eichhorn: Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen		0,80

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Ortsgruppe Halle

Spielleute. Heute abend 7 Uhr bei Köppchen, Unterberg. **Alles erscheinen.**
Bezirksvorstand. Dienstag, 3. März, abends 7 Uhr, in „Loests Hof“, Vollsitzung. Alle Kameraden beteiligen sich am Freitag, 6. März, an der Veranstaltung der JAH.
Vorstand. Mittwoch, 4. März, abends 7 Uhr, „Volkspark“.
Funktionäre. Mittwoch, 4. März, abends 8 Uhr, „Volkspark“. Fahrscheine sind sofort abzurechnen. **Einzelne sind noch zu erhalten bei Kamerad** Sückel, Trödel 1.
Sanitätsabteilung. **Alle im Sanitätsdienst ausgebildeten Kameraden treffen sich** Donnerstag abend 8 Uhr im Restaurant „Goldene Kette“, **Alter Markt.**

Jungsturm

Jungsturm Süd. Donnerstag, 3. März, abends 8 Uhr, „Loests Hof“, **Werbebezirks**-Pflichtversammlung.

Unterbezirk Saalkreis

Könnern. Donnerstag, 5. März, abends 8 Uhr, „Bürgergarten“, Pflichtversammlung.
Ammendorf. Freitag, 6. März, abends 8 Uhr, „Burgschlößchen“, Pflichtversammlung.
Diemitz. Mittwoch, 4. März, abends 8 Uhr, „Gesellschaftshaus“, Pflichtversammlung.

Unterbezirk Merseburg

Kötzschen-Benna. Donnerstag, 5. März, Mitgliederversammlung bei Müller.

Unterbezirk Bitterfeld

Friedersdorf. Mittwoch, 4. März, abends ½8 Uhr, Mitgliederversammlung. Jeder Kamerad hat zu erscheinen.

Unterbezir. Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 4. März, abends 8 Uhr, „Herberge“, Singestunde. **Kommissions**sitzung. Alles erscheint.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Cosdorf. Dienstag, 3. März, abends 8 Uhr, öffentliche Gründungsversammlung. Die Arbeiterschaft der umliegenden Ortschaften werden hierzu eingeladen.
Dommitzsch. Mittwoch, 4. März, abends 8 Uhr, öffentliche Gründungsversammlung.
Torgau. Alle Kameraden treffen sich Mittwoch, 4. März, abends 7 Uhr, am „Bahnhof“ zwecks Beteiligung an der Versammlung in Dommitzsch.
Belgern. Donnerstag, 5. März, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung. Alle Kameraden haben die Pflicht, zu erscheinen.

VORTRAGS- UND KUNSTABENDE
VOM VERLAG „DAS WORT“

IV. VERANSTALTUNG

HEUTE, DIENSTAG, 3. MÄRZ, ABENDS 8 UHR, IN DER AULA DER MARTINSCHULE, CHARLOTTENSTR.

DER MALER
HEINRICH VOGELER
WORPSWEDE

EBEN VON EINER LÄNGEREN REISE DURCH RUSSLAND ZURÜCKGEKEHRT, SPRICHT AN HAND VON RUSSISCHEN KUNSTWERKEN ÜBER DAS THEMA:

KUNST UND ERZIEHUNG
IN SOWJET-RUSSLAND

EINTRITT 30 PFENNIG AM SAALEINGANG
ERWERBSLOSE GEGEN AUSWEIS FREI

Lichtspiele Piesteritz
Progr. für Dienst bis Donnerst., 5. März
Der Ueberfall auf die Virginia-Post
Wild-West-Schauspiel in 6 Akten, nach einer Novelle von Joseph Hergesheimer
Professor Rehbeins Lebensrettung
Schwank in 2 Akten mit dem beliebten
Leo Peukert 157
Die großen internationalen Sportkämpfe zu Göteborg, Schweden (Wassersport)
Anfang 8 Uhr

Empfehle allen Genossen und Genossinnen meinen
Herren- u. Damen-Frisiersalon 32
Gute und schnelle Bedienung zugesichert.
Rich. Kutzschbauch, Gr. Klausstr. 7

Herkules-Schladitz-Phänomen-
und 421
Borussia-Fahrräder
sehr preiswert bei
Wilh. Münster
Merseburger Straße 161
Ecke Königstraße

Leder
zu bekannt billigen Preisen 166
Sommer & Kurzhals
Albrechtstr 46,
Ecke Geiststraße.

Verkaufe billig:
Fast neue **Herren-Anzüge** u. **Mantel**, 2 große **(Kleider)-Warenschränke** und Verschiedenes 424
Rathausstr. 17, Hof!

Ein 156
Handwagen,
auch für Pferd pass.,
zu verkaufen
Renzen Nr. 13
bei Theißen

Weißenfels 155
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Ilig.

Der Geburtstagskuchen

ist vortrefflich geraten, weil er mit der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ zubereitet wurde. Neben ihrem köstlichen Aroma sind es der grosse Nährwert und der wohlfeile Preis, welche die Blauband-Margarine jeder Hausfrau unentbehrlich machen.

Preis 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blauband
frisch gekirnt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbig illustr. Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

*422

Konfirmanden- u. Herren-Anzüge
Gummimäntel, Arbeiter-Bekleidung
in **reichhaltiger Auswahl** und **zu günstigen Preisen** in
Riesel's Monatsgarderoben
Etagengeschäft
*425 **Gr. Märkerstr. 22, I.**

Alle Bücher
können durch unsere
Buchhandlungen
bezogen werden

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Allgem. Ortskrankenkasse des Saalkreises zu Halle (S.)

Laut Bekanntmachung des öffentlichen Arbeitsnachweises für den Saalkreis vom 25. Februar in Nr. 9 des Amts- und Verordnungsblattes für den Saalkreis betragen die **Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge** vom **1. März an 0,50** vom Hundert des Grundlohnes = ein Zwölftel (bisher neun Vierzigstel) der Krankenkassenbeiträge

Halle a. d. S., den 2. März 1925 427
Der Vorstand. O. Keltsch, Vorsitzender

Bekanntmachung

Im Wagegebäude (Marktplatz 24) am schwarzen Brett ist die Bekanntmachung über den vom 29. März bis 5. April 1925 auf dem Roßplatz stattfindenden Krammarkt und den am 2. April hinter der Roßplatzkaserne stattfindenden Schweinemarkt veröffentlicht 426

Halle, den 26. Februar 1925
Der Magistrat

Bekanntmachung
Betrifft Getränkesteuer

Der Wortlaut des Absatzes 10d der Ausführungsbestimmungen zur Erhebung einer Getränkesteuer in der Stadt Eisleben vom 22. 1. 25 wird wie folgt abgeändert:

„Alle Privatpersonen des Stadtbezirks, welche **nach dem 15. Januar 1925** steuerpflichtige Getränke von **auswärts** zum Selbstverbrauche oder zur Abgabe an Dritte bezogen haben oder noch beziehen, haben **nach jedesmaligem Eingang** solcher Getränke unter Vorlage der Rechnungen den Zugang im Stadtsteueramt anzumelden und die Steuer gleichzeitig zu entrichten“

Wir ersuchen, soweit die Angaben im vorstehenden Sinne noch **nicht** gemacht sind, zutreffendenfalls um Abgabe der entsprechenden Erklärungen und Zahlung der fälligen Steuer an unsere Stadtsteuerkasse innerhalb 8 Tagen

Eisleben, den 26. Februar 1925
Der Magistrat 158

Zeitungsträger

für **Brehna** gesucht. Meldungen bei Franz Donner, Kitzendorf bei Brehna

„Volkspark“ Kleiner Saal!

An Sonnabenden und Sonntagen ab 15. März frei
Bestellungen für Veranstaltungen nimmt entgegen
428 **Die Verwaltung**

Charlottenstraße 23
direkt am Stadtgottesacker-Eingang
Hohl-Fein-Schleiferei
Reparatur-Werkstatt für Stahlwaren von
H. Dobberstein 429
Rasier-Messer und -Klingen, Haarschneide-Maschinen, sämtl. Scheren, Messer und Schneidwerkzeuge werden (auf Wunsch in wenig Stunden) sauber geschliffen und repariert
Elektrischer Betrieb

Allgemeiner Konsumverein Halle u. Umg.

2 tüchtige Lagerhalter

zum baldigen Antritt **gesucht.** Bewerbungen bitten wir bis Montag, den 9. März 1925, abends 6 Uhr mit der Aufschrift „Bewerbung“ an die Verwaltung des Allgemeinen Konsumvereins Halle und Umg., Landsberger Straße 13, einzureichen 430
Der Vorstand

Licht-C-T-Spiele
Am Riebeckplatz Gr. Ulrichstraße 51

An unsere verehrlichen Besucher!
Betrifft Aufführungen des erfolgreichsten Filmwerkes des Jahres:

Aschermittwoch!!

Die große deutsche Offizierstragödie in 8 Akten

In unseren
C.-T. Lichtspielen Gr. Ulrichstr. 51
finden die letzten Aufführungen am **Freitag, dem 6. März** statt

Im C.-T. am Riebeckplatz
verbleibt der Film wegen des gewaltigen Erfolges **eine weitere Woche** bis einschließlich Mittwoch, den 11. März auf dem
432 Spielplan
Aufführungen täglich 4.00 6.10 8.20 Uhr

Mein grösstes Vergnügen

ist es, zuzusehen, wie andere Menschen arbeiten. Das ist für mich ein Riesenspaß und strengt nicht an. Nur eine Arbeit macht mir Vergnügen: das Putzen meiner Schuhe mit Pilo. Auch Sie werden vergnügt und guter Laune sein, wenn Sie es so machen wie ich.

Pilo wird zu allen Zeiten Vergnügen Dir und Freud bereiten.

Pilo

*408

Rohprodukten-Händler
finden größte Auswahl in 431
Kleinspielwaren u. Zugabeartikeln
bei
Buttermilch & Co., G. m. b. H.
Fernruf 5614 Halle a. S. Landwehrstr. 9

Parteischriften
Schreibwaren
empfiehlt **Volksbuchhandlung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250303-14/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

3. 3. 25

Ausbeutung, System Mansfeld A.-G.

Wenn man die Spalten des „Klassenkampf" durchsieht, besonders die der Betriebsseite, so fällt einem auf, wie oft Arbeiter der Mansfeld A.-G. Klage führen über ihre furchtbare Bedrückung und den Terror der Hauptaktionäre und Direktoren. Diese Mansfelder Unterdrückungspolitik ist historisch bedingt. Schon im Mittelalter mußten sich die Bergleute gegen den Terror der damaligen Grubenbesitzer wehren. Die Mansfelder Bevölkerung belagerte das Schloß des Fürsten von Sachsen, des damaligen Besitzers. Durch Anerkennung der Forderungen der Aufständischen wurde der Aufstand beendet. Genau wie jetzt wurden die Versprechungen nicht durchgeführt und ein fürchterliches Blutbad unter den Bergarbeitern erstickte die Bewegung.

Die Mansfeld A.-G. handelt nach dem Grundsatze: **Was schert uns die Not der Arbeiter. Die Hauptsache ist, daß wir unseren Geldsack vollbekommen.** So schreibt uns jetzt ein Arbeiter der der Mansfeld A.-G. angehörigen Kochhütte in Helbra (Mansfelder Seekreis) einen erschütternden Brief. Wir geben ihn hier wieder:

Werte Genossen!

Hier auf der Kochhütte, die der Mansfeld angehört, herrschen aller Beschreibung spottende Zustände. Trotz einstimmigen Protestes der Belegschaft wird diese seit Dezember 1923 gezwungen, **nach sechstägiger schwerer Betriebsarbeit in Hitze, Dampf und gesundheitsschädlicher Gase auch noch des Sonntags eine doppelte achtstündige Schicht zu arbeiten.** Arbeiter, die etwas abgelegen wohnen, haben also kaum 2—3 Stunden Ruhe. Diese Ausbeutung, die schon vor dem Kriege bestand, wälzte sich die Belegschaft 1918 vom Halse. Nach und nach wurden die alten Zustände mit Hilfe der Reformisten wieder eingeführt. Zu einer von der Belegschaft einberufenen Protestversammlung erschien auch Rößler vom Metallarbeiterverband und vertrat hier treu und brav die — **Werksleitung. Das hatte zur Folge, daß die Kollegen massenhaft aus den Gewerkschaften austraten.** Die Betriebsingenieure Schmidt und Dr. Tittel lachten sich eins ins Fäustchen.

Ueber unsere elende Entlohnung und die Behandlung, die wir uns gefallen lassen müssen, haben wir Euch ja schon geschrieben und es ist auch im „Klassenkampf" veröffentlicht worden.

Ich denke, daß, wenn wir uns auftrafen und geschlossen den Unternehmern gegenübertreten, wir diesen und auch ihren sozialdemokratischen Freunden „Halt" gebieten könnten. Und wir müssen den Anfang bald damit machen. Rote Betriebsräte müssen wir wählen und alle wieder in die Gewerkschaften eintreten. Wenn wir dann durch unsere Arbeit Einfluß gewonnen haben, werden wir die reformistischen Arbeiterverräter zur Hölle jagen. Dann ist der Weg frei für uns. Mit den sozialdemokratischen Kollegen werden wir die rote Front herstellen, und dann wehe Euch Mansfeld A.-G.

Dann kommt der Tag, da wir uns rächen.

Jawohl Kollegen, dieser Arbeiter hat klar und deutlich erkannt, was unsere revolutionäre Pflicht ist. **Ein Einzelner kann an diesen Zuständen nichts ändern, sondern nur die einzige, fest zusammengeballte Masse.** Wir müssen den letzten Mann organisatorisch in den freien Gewerkschaften zusammenfassen und die sozialdemokratischen Führer hinwegfegen. Politisch gehört jeder klassenbewußte Arbeiter nicht der langsam versaufenden SPD. an, sondern der kämpfenden Kommunistischen Partei. Die Arbeiter müssen die Durchführung des Achtstundentages fordern und eine 40prozentige Lohnerhöhung und fest und zäh zu allen ihren Forderungen stehen. Dann rückt der Tag näher, an dem wir uns rächen.

Bruno auf der Suche nach dem Artikelschreiber

Grube Credner

(Von einem Betriebsberichterstatter)

Vorige Woche war Inspektor Berger mal wieder auf der Grube, und zwar des Nachts um 2 Uhr, um die Arbeiter zu kontrollieren, ob sie wohl schlafen. Er sauste alle Betriebe durch, fand aber nichts.

Der ganze Grund wird wohl die Suche nach dem Artikelschreiber gewesen sein. Man hört hier und da erzählen, daß er Kameraden verdächtigt hat. Nein, Herr Berger, nicht auf der Grube sitzt er.

In jeder Kneipe und auf jedem Tanzboden hört man erzählen vom „langen Berger", wie er Arbeiter und Beamte abbaut und die andern zu mehr Arbeit antreibt. Also behandle Mensch als Mensch und es wird Dir auch nichts passieren.

Kameraden! Hinein in den Bergarbeiterverband, damit Ihr auch Berichtung habt, wenn man Euch als mißliebige Personen verdächtigt und aufs Pflaster setzen will.

Schließt Euch der KPD. an und werbet Leser der Arbeiterpresse „Klassenkampf".

So nur können wir Herrn Berger die Zähne zeigen.

Die Arbeitslosen nehmen den Kampf auf gegen ihre Verelendung

Torgau

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Am Sonntag, dem 22. Februar, fand in der „Waldschenke" eine Erwerbslosen- und Notstandsarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. Der Grund zu dieser gemeinsamen Versammlung war die Bezahlung der Notstandsarbeiter. Selbige arbeiten pro Woche 48 Stunden bei Meliorationsarbeiten, Straßenbau usw. Um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen, müssen sie pro Tag vier Stunden laufen. Diese vier Stunden hat man ihnen früher bezahlt, jetzt wird ihnen dieses abgezogen. Delegierte wurden vorstellig bei dem Landratsamtsgewaltigen Herrn Lehmann. Der saubere Herr erklärte der Delegation, daß die Gesellschaft die vier Stunden nicht mehr bezahlen wollte, da die Arbeiten zu teuer würden. Nun ist die Unterstützung der Erwerbslosen erhöht und die Folge wäre gewesen, auch die Löhne der Notstandsarbeiter zu erhöhen. Weit gefehlt. Der Arbeiter denkt und der Gewaltige des Landratsamtes, Lehmann, lenkt. Prompt bekamen die Notstandsarbeiter am Sonnabend die Lohntüte mit dem ausgerechneten höheren Golde, aber in der Tüte selbst war nur die alte Zahlung enthalten. Herr Lehmann hatte die höhere Ausrechnung durchgestrichen und darunter die alte gesetzt. Darob erbost wurden die Delegierten wieder vorstellig, und zwar bei dem Herrn Landrat selbst. Sie trugen ihr Anliegen vor und der Herr Landrat wußte keinen Bescheid. Herr Lehmann war nicht anwesend. Mitkin konnte oder wollte dieser edle Mann, der doch Leiter des Landratsamtes ist und in allen Fragen Bescheid wissen muß, der Delegation nicht helfen. Der Kollege K. erklärte Ihm dann, daß die Arbeiter die vier Stunden, die sie zur Arbeitsstelle laufen müssen, mit in die Arbeitszeit einrechnen wollten, da dieselben laut Gesetz nur acht Stunden beschäftigt werden dürften. Ja, entgegnete der Herr Landrat, **dann hat die ganze Arbeit keinen Zweck, und es ist schade, daß wir uns so bemüht haben, den Arbeitern Arbeit zu verschaffen** und mehr wie 70 Prozent des Bauarbeitertarifes darf ich nicht zahlen. Demgemäß verdient ein Notstandsarbeiter mit vier Kindern bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit pro Woche 17,76 Mk. Der Erwerbslose, der Stempeln geht, bekommt mit vier Kindern 14,40 Mk. Also ganze 3 Mk. haben die Notstandsarbeiter mehr und dafür schleppen dieselben das Brot von zuhause fort, reißen sich die Schuhsohlen herunter, zerreißen die Kleidung, holen sich bei der Arbeit die Klauenseuche, da sie ziemlich bis an die Knie im Wasser stehen müssen, alles für 3 Mk.

Die Diskussion war eine rege, und es wurde ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß die Notstandsarbeiter am Montag früh Punkt 8 Uhr in Torgau abmarschieren und des Abends Punkt 4½ Uhr in Torgau wieder eintreffen wollten von der Arbeitsstelle. Es soll also der Weg in die Arbeitszeit eingerechnet werden. Es wurden Kollegen gewählt, die an den drei Baustellen die Kontrolle übernehmen sollen, damit kein Kollege aus der Reihe tanzt und seinen Brüdern in den Rücken fällt. Es wurde von denjenigen Erwerbslosen, welche stempeln gehen, Solidaritätsgefühl gefordert. Niemand darf sich zum Streikbrecher herabklassen, wenn das Landratsamt es wagen sollte, sämtliche Notstandsarbeiter von ihren Baustellen abzuberufen, um dafür stempelnde Kollegen hinzuschicken. Einstimmig wurde beschlossen, solidarisch zusammenzugehen, um dem Landratsamt zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht zersplittert, sondern geschlossen den Kampf aufnimmt zur Erringung besserer Lebensbedingungen, zur Beseitigung des Kapitals. Die Kollegin B. zeigte den Versammelten neue Beweise, daß die Arbeiten nur gemacht werden, den Privatbesitz zu heben auf Kosten der Ausbeutung der Erwerbslosen. Scharf kritisiert wurde das Verhalten der Frau Voigtherr den Arbeitslosen gegenüber, aus welchem hervorgeht, daß es die höchste Zeit wird, daß sie aus dem Arbeitsnachweis verschwindet.

Darauf kam eine eingehende Resolution zur Abstimmung, welche besagte, **daß die Arbeitslosen geschlossen zusammengehen wollten. Sollte den Forderungen der Notstandsarbeiten nicht Rechnung getragen werden, so schrecken die Erwerbslosen nicht davor zurück, den scharfen Kampf zu führen, um die Forderungen durchzusetzen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.**

Darauf wurde die sehr gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Einführung von Feierschichten im Bitterfelder Braunkohlen-Revier

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Die Bergprotzen halten jetzt ihre Zeit für gekommen, um einen Druck auf die „übermütig" werdenden Kumpels auszuüben. So steht in fast allen Betrieben des Bergbaues seit gestern ein Anschlag, auf dem ungefähr folgendes zu lesen steht: „Nachdem wir auf dem Kohlenmarkte auf Absatzschwierigkeiten gestoßen sind, sehen wir uns veranlaßt, eine Streckung der Arbeit vornehmen zu müssen. Aus diesem Grunde sind wir genötigt, ab nächster Woche Feierschichten einzuführen. Wenn es nach dieser Zeit möglich ist, andermärts Arbeit zu erhalten, steht **dem nichts im Wege und kann ohne Einhaltung der siebentägigen Kündigungsfrist sein Arbeitsverhältnis lösen."**

Nun, Bergprolete, da hast Du es. Heute verlangt man von Dir strenge Einhaltung der siebentägigen Kündigungsfrist und morgen kannst Du wieder ohne Kündigung gehen. Wie es eben diesen Sklavenhaltern paßt. Man merkt doch Morgenluft und will die jetzige Kampfbegeisterung der Bergarbeiter durch Einführung von zwei Feierschichten wöchentlich etwas eindämmen. **Das soll ihnen aber nicht glücken, wir werden unermüdlich weiterarbeiten im revolutionären Sinne, bis diese Sklavenhalter niedergerungen sind.**

Hoch lebe der Achtstundentag!
Nieder diese Arbeitermörder!
Hoch die geschlossene Rote Front des Proletariats!

Raus aus den Bliemchenvereinen

Dommitzsch

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Sonderbare Blüten steigen hier aus dem Finstern ans Tageslicht. Ein eigentlich der Vergangenheit angehörendes Etwas, was in die Rumpelkammer gehört, hat sich hier aufgetan. Ein sogenannter Gesellenverein ist's, meistens unorganisierte Leute, es sollen ja auch organisierte dabei sein. Letztere haben sicher kein Klassenbewußtsein in sich, weil sie einem Bliemchenverein angehören. Wenn man diese Auchkollegen, mit den Meistern an der Spitze, in der Stadt herummarschieren sieht, muß man sich die Frage vorlegen, wie sehen denn die Löhne, speziell von diesen Kollegen, aus? Marschieren sie da auch an der Spitze? Weit gefehlt, liebe Kollegen, Ihr sitzt tiefer mit Eurem Lohn, als alle anderen Arbeiter. Werden doch Löhne an diese Kollegen vom Gesellenverein gezahlt und betragen diese 12, 10 und darunter pro Woche.

Kollegen vom Gesellenverein! Die Zeiten sind nicht so rosig, daß man sich mit solchem Plunder abgibt. **Organisiert Euch, tretet ein in die Kampffront der organisierten Arbeiter! Kämpft Schulter an Schulter mit Euren Arbeitskollegen für besseren Lohn und Arbeitsbedingungen, nur so werdet Ihr vorwärts kommen und einen auskömmlichen Lohn erreichen.**

Gegen den Unternehmerterror — Hinein in die Rote Front

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Welcher „Musterbetrieb" die Grube Alwine ist, haben wir schon des öfteren im Betriebsteil des „Klassenkampf" aufgezeigt. Heute wollen wir mal zur Abwechselung einige der gröbsten Ungerechtigkeiten folgen lassen: Auf dem Abraumbetrieb haben wir einen Stahlhelmer als „Betriebsführer". Denselben untersteht auch das Maschinenpersonal. In der Vorkriegszeit wurde diesen Leuten bei zwölfstündiger Arbeitszeit auch Zwölfstunden bezahlt. Heute ist das anders. Trotzdem wir von 6 bis 6 Uhr arbeiten müssen, kriegen wir nur Elfstunden bezahlt. Die zwölfte Stunde kriegen wir erst, wenn wir eine genügende Anzahl Züge gefahren haben, die wir aber zum größten Teil nicht erreichen. Außerdem müssen wir oft fahren, ohne genügend Vorrat von Wasser zu haben. Die Aufpasser jagen uns dann einfach von der Wasserstation. Dann ist die bergpolizeiliche Dienstvorschrift, daß zu jedem Zug ein Bremser gehört. Jetzt spart man damit, der Heizer muß die Weichen selber stellen. Wenn dann wieder mal ein Unglück geschehen ist, dann ist niemand schuld. Dann haben wir jetzt wieder eine neue Spülkippe. Welche Schweinereien mit diesem System schon angerichtet sind, davon einmal später. Man hat da einfach Schwellen übereinander gelegt und da müssen wir drauf fahren. Wenn da einmal eine Schwelle wegrutscht, dann liegt der Zug mit samt der Maschine und wir mit unter dem Schlamm.

In der Fabrik ist es nicht anders, dort schwingt der Betriebsführer Koch das Zepter. Unter dessen Regie ist ein Chauffeur eingestellt worden. Wie wir erfahren haben, ist er von der Sipo gekommen. Natürlich stramm Stahlhelm. Derselbe kriegt die Woche 36 Mark Lohn. Wie er ausgeplaudert hat, kriegt er von der Sipo noch monatlich 200 Mark. Wer natürlich nicht im Stahlhelm oder Wehrwolf ist, kann nicht mit ihm zusammen arbeiten. Fahren kann derselbe alles andere, nur nicht Auto. Eines Tages hatte er nur drei Zusammenstöße. Wenn die Polizei dazu kam, war er niemals daran schuld. Weshalb man das ganze vaterländische Gesindel hier zusammenholt, möchten wir ja gern einmal wissen. Rüstet man vielleicht zum Bürgerkrieg?

Dann sind hier noch einige Punkte von den Herren namens Kurth und Schlütter. Der erstere ist nämlich Grubenwachmeister, Wehrwolfführer und was nicht sonst noch alles. Wenn der nicht wäre, dann hätte die „Alwine" wohl schon bankrott gemacht. Riche, wenn da einer den Staub oder den Schweiß von seiner Arbeitsstelle mit nach Hause schleppt. Schon ist Kurth hinterher. Ehe er hierher kam, soll er allerdings anders gewesen sein. Böse Zungen behaupten, was er um ½12 Uhr sieht, ist um 12 Uhr schon in seinem Besitz. Dutzende von Zeugen sind dafür vorhanden. Na, und was Schlütter anbelangt, der ist nicht besser. Kurth war nach dem Kriege hier in einer Lebensmittelverteilungsstelle. Schlütter gab die Waren aus. „Wegen mir kann alle sechs Wochen eine Hungersnot sein. Soviel Eier und Speck habe ich noch nicht gegessen, als wie jetzt", erzählte er mal zu einem Freund.

Kollegen, wollen wir uns das noch lange gefallen lassen? Nein, das wollen und dürfen wir nicht. Schüttelt die Lauheit von Euch ab. Tretet wieder in die freien Gewerkschaften. Formiert Euch in die Rote Front. Und dann, alle Mann frisch auf, ans Werk. Jeder einen eisernen Besen in die Hand und ausgefegt, daß die Fetzen fliegen. **Vereinzelt seid Ihr nichts, aber geschlossen alles.** Da kann der Teufel kommen, und wenn derselbe Direktor Blau heißt, wir schlagen ihn in die Flucht.

Bergarbeiter, kämpft für Eure Forderungen

Für den Achtstundentag — Für eine 40prozentige Lohnerhöhung

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Kameraden, die Betriebsrätewahlen stehen vor der Tür. Mit Hilfe der Gewerkschaftsbureaukratie gelang es den Unternehmern, fast alle revolutionären Betriebsräte und Arbeiter aus den Betrieben zu entfernen. Damit waren dem Unternehmerterror Tür und Tor geöffnet; die an sich erbärmlichen Errungenschaften der Novemberrevolution wurden vollständig beseitigt. Jetzt müssen wir 12 Stunden und mehr schuften, bei einem Hundelohn von 21 bis 23 Mk. die Woche und wissen nicht, wie wir unsere Familien ernähren sollen. Unsere Kinder gehen in Lumpen gekleidet umher. Wenn wir in der Grube, auf dem Abraum nicht wie das Vieh schuften, werden wir von den Unternehmern und ihren Antreibern rücksichtslos auf die Straße geworfen und dem Hungertode preisgegeben. Soll das so weitergehen?

Denken wir zurück an die Jahre 1920 bis August 1923, wo auf jeder Grube, auf jedem Abraumbetrieb revolutionäre Betriebsräte waren. Standen wir nicht unter Führung unserer Betriebsräte zu jeder Zeit, sei es im Kapp-Putsch, sei es beim Rathenau- oder Erzberger-Mord, oder am 1. Mai, wie auch im August 1923 bei unserem Streik wie eine Mauer? Damals fürchteten uns die Direktoren und Aktionäre der Riebeckschen und Werschen-Weißenfelser Montanwerke noch, weil **wir eine geschlossene, kompakte Masse unter Führung unserer revolutionären Betriebsräte waren.** Heute sind wir eine lose Herde. Viele und nicht der schlechtesten unserer Kameraden, verließen zum Teil aus Verärgerung über den Verrat der **Hesse, Weikardt, Gräfe und Konsorten** die freien Gewerkschaften. Damit war nichts gewonnen. Den Gewinn hatten nur die Unternehmer. Sie konnten uns den letzten Tropfen Blut aus dem Körper herauspressen und ihren Gewinn ins Unermeßliche steigern.

Noch ist es nicht zu spät, uns aufzurafen gegen die Unternehmeroffensive. Noch ist die Situation günstig für uns. Die Kameraden im Ruhrgebiet stehen vor ernsten Kämpfen gegen das Arbeitszeitabkommen und den Lohntarif, welcher Schiedsspruch von dem Sozialdemokraten Mehlich für verbindlich erklärt wurde und welcher durch den scheinheiligen Zentrumspfaffen Brauns und von den verräterischen Bonzen der Bergarbeitergewerkschaftsbureaukraten den Arbeitern zur Annahme empfohlen wird. Die Kumpels haben keine Lust, weiter ihr Leben und ihre Gesundheit zu opfern für die deutsche Schwerindustrie und bereiten sich vor für kommende Kämpfe gegen ihre Peiniger. Kameraden, das Los der 186 gemordeten Kameraden in Dortmund auf der Zeche Minister Stein wird auch unser Los letzten Endes sein, wenn wir nicht im Verein mit den anderen Proleten Deutschlands gegen unsere Ausbeuter und ihre sozialreformistischen Helfer den Kampf aufnehmen.

Gehen wir zur Offensive über, wählen wir bei den kommenden Wahlen revolutionäre Betriebsräte. Reihen wir alle uns wieder ein in die kämpfende Front des Proletariats. Hinein in die freien Gewerkschaften, aber nicht bloß als Papiersoldaten, sondern als Kämpfer. Sorgt dafür, daß die Hesse, Weikardt, Gräfe und Konsorten zum Teufel gejagt werden.

Wir müssen unsere Kämpfe gegen das Unternehmertum unter Führung der Betriebsräte und der Gewerkschaften aufnehmen und bestimmte Parolen aufstellen, die Linie halten mit den Forderungen der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands. Wir müssen kämpfen:

1. **Für die Einführung der Siebenstundenschicht unter Tage und der Achtstundenschicht über Tage.**
2. **Gegen jeden Lohnabbau. Für eine sofortige 40prozentige Lohnerhöhung. Ausgleichung der Löhne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern.**
3. **Gegen jede Entlassung von Arbeitern und Angestellten. Für die Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß.**
4. **Für Einführung und Verbesserung von Schutzvorrichtungen. Für Mehrleistung der Knappschaftskassen für die Bergarbeiter und deren Angehörigen.**
5. **Gegen die Steuerausplünderung der werktätigen Masse. Gegen den 10prozentigen Lohnabzug.**

Gegen die Luther-Regierung. Für die Befreiung der politischen Gefangenen.

Für die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit, die notwendig ist zur Durchführung dieser Forderungen, zur Stärkung der proletarischen Roten Kampffront.

Die Durchführung auch nur eines Teils dieser Forderungen ist für das Proletariat eine unbedingte Notwendigkeit und bedeutet für das Kapital die allerschwerste Erschütterung. Darum wollen wir zähe und unerbittlich diese Forderungen festhalten und unsere ganze Kraft für sie einsetzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250303-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Das Resultat des Großwerbetages für den „Klassenkampf" in Halle

Der Großwerbetag, den die klassenbewußten Arbeiter von Halle am letzten Sonntag für ihren „Klassenkampf" durchführten, hat zu einem guten Erfolge geführt. An der Spitze steht der Distrikt 15 mit 36 neuen „Klassenkampf"-Lesern.

Distrikt	2	24 neue Abonnenten
„	9a	23 „ „
„	18	22 „ „
„	5	23 „ „
„	4	20 „ „
„	7	21 „ „
„	1	20 „ „
„	3	19 „ „
„	13a	19 „ „
„	19	13 „ „
„	20	17 „ „
„	8	11 „ „
„	13	11 „ „
„	16	10 „ „
„	10	8 „ „
„	17	6 „ „
„	7a	6 „ „
„	22	5 „ „
„	14	4 „ „

Bisherig. Gesamtergebnis von Halle 318 neue Abonnenten

Hervorzuheben ist die Werbetätigkeit des Arbeiter-Wanderbundes „Die Naturfreunde", der 17 neue Abonnenten für den „Klassenkampf" gewann. Somit beläuft sich das

bisherige Gesamtergebnis auf 335 Abonnenten

Diese Zahl dürfte sich jedoch noch bedeutend erhöhen, da alle neuen Abonnenten von uns bisher nicht erfaßt werden konnten. In wenigen übrig läßt die Berichterstattung über die Werbekampagne in der Provinz. Wir müssen feststellen, daß bisher nirgends eine einzige Ortsgruppe ihre Erfolge berichtet hat, was nunmehr schleunigst nachgeholt werden muß.

Mit dem Großwerbetag am Sonntag darf natürlich die Arbeit nicht beendet sein. Immer weiter und intensiver muß die Werbekampagne betrieben werden. Weiter muß die Parole lauten:

Agitiert für Euren „Klassenkampf"!

„Republikanische" Schupo

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Nacht zum Sonntag verursachten Stahlhelmer in der Bernburger Straße einen furchtbaren Lärm. Sie hätten sich vor Freude über den Tod des Reichspräsidenten einen angesoffen, so brüllte der eine. Er beschimpfte den Reichspräsidenten und die Republik. Ein hinzukommender Schupo klopfte ihm leutselig auf die Schulter und sagte: „Gehen Sie nach Hause." Weiter nichts. Passanten forderten die Verhaftung des Stahlhelmers. Doch der Beamte schnauzte diese an und sagte, sie sollten sich nach Hause scheren. So wahrt die Schupo das Andenken Eberts. Stahlhelmer, die Ebert und die Republik beschimpfen, läßt sie laufen.

*

Für den Polizeipräsidenten Runge wird es ein leichtes sein, festzustellen, wer der Beamte war, der Sonnabend Nacht ½2 Uhr an der Kreuzung Bernburger Straße—Mühlweg Dienst hatte. Herr Runge wird dieses Schupo, der Ebert hat beschimpfen lassen, wohl kaum disziplinarisch bestrafen oder ihn gar aus der Schupo entfernen.

„Der alte Dessauer", Knoblauch und die Frauen

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten)

Ich bekomme eine Nummer „Der alte Dessauer" vom 21. d. M. in die Hände. „Der alte Dessauer", was ist das, wird der Arbeiter fragen, denn die wenigsten werden diese Zeitung kennen. Nun, das ist das „Kampfblatt der nationalen Frontsoldaten"! Ueber das, was den Lesern dieser Zeitung da vorgesetzt wird, will ich mich im allgemeinen gar nicht weiter äußern, ein klassenbewußter Arbeiter weiß, was er davon zu halten hat. Nur auf einige Sonderheiten in dieser Nummer möchte ich hinweisen.

Unter „Handgranaten" wird auf eine Bekanntmachung der Reichsbahndirektion Erfurt Bezug genommen, nach welcher das Tragen des Stahlhelmabzeichens im Dienste verboten ist, da es sich um eine politische Organisation handele. Man kann unter den heutigen Verhältnissen gegen das Verbot nichts haben, führt der Schreiber des Artikels aus, nur eins kann man nicht verstehen, daß behauptet wird, der „Stahlhelm" sei eine politische Organisation. Man verwahrt sich dagegen und stellt nochmals fest, daß das bisherige Bestehen und die Arbeit desselben doch zur Genüge gezeigt haben, daß der „Stahlhelm" keine politische Organisation sei. Wer lacht da!? Nun, das Beste kommt aber noch. In demselben Blatte, in der Beilage „Königin-Luise-Bund" befindet sich ein längerer Aufsatz über „Die politische Arbeit der Frau", nach welcher sich auch die Frau am politischen Leben beteiligen soll. Jetzt weiß ich wahrhaftig nicht mehr, was eigentlich los ist. Einmal ist der „Stahlhelm" keine politische Organisation, das andere Mal bringt man einen Aufsatz, daß die Frau auch Politik treiben soll. Sind die Leser dieser Zeitung wirklich so naiv, zu glauben, daß der „Stahlhelm" keine politische Organisation ist, oder will man es nur nicht wissen? Ist „Für-etwas-eintreten" nicht schon Politik und tritt der „Stahlhelm" nicht dafür ein, die deutsche Wirtschaft (natürlich auf seine Art) wieder aufbauen zu helfen?

Zum Fall Knoblauch heißt es, daß der „ehrenwerte" Herr Pastor nur des öfteren Redner und nicht Mitglied des „Stahlhelms" gewesen sei. Im übrigen sollte man nicht jemand verdammen, ehe seine Schuld erwiesen sei. Glaubt man wirklich, daß man, wenn man keine schwerwiegenden Gründe hätte, diesen Herrn vom Amte suspendiert hätte? Uebrigens scheinen die Leute den Bericht über die Verschmung des Zeugen Schramm im „Klassenkampf" gar nicht gelesen zu haben, oder war dieser nicht deutlich genug, oder gar Schwindel. **Im letzteren Falle wäre sicher ein Verbot zustande gekommen.**

Weiter wird in einem „Politischen Wochenberichte" ein Radikalmittel gegen die Kommunisten empfohlen, wie es die Engländer seinerzeit gegen die Angehörigen der indischen Sekte der „Thugs" angewandt hätten, d. h. dieselben wurden **ohne Zugrundelegung einer bestimmten Tat hingerichtet.** Also nun weiß man Bescheid.

* **Programme zur Sportveranstaltung der JAS.** zugunsten der Gemaßregelten und Ausgesteuerten sind im Vorverkauf bei dem Erwerbslosenrat, Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 4, zu haben.

Stadtverordnetensitzung durch Alkohol gesprengt

Erbauung der Luxus-Stadthalle von Bürgerlichen und Sozialdemokraten beschlossen — SPD.-Leute besaufen sich vor Freude

Daß man im Kriege aus Alkohol Explosivstoffe hergestellt hat, ist bekannt. Daß leicht Existenzen durch den Suff vernichtet werden, ist eine tausendfältig belegte Tatsache. Daß aber eine Stadtverordnetensitzung auseinanderfliegt, weil eine Fraktion betrunken ist, dürfte in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen sein. Vielleicht nur im dierseitigen Radilande, wo man Gemeindeversammlungen in Wirtshäusern bei fließendem Bierhahn abhält.

Halle hat also in der gestrigen Stadtverordnetensitzung gleich zwei neue Ruhmestitel bekommen. Die Erbauung der Millionen- und Millionär-Stadthalle zu Cröllwitz ist trotz des kommunistischen Widerspruchs im Interesse der Wohnungslosen von Bürgerlichen und Sozialdemokraten beschlossen worden. Und außerdem ging die Sitzung in der neunten Stunde mit großem Tumult auseinander, eben durch den Alkohol . . . Jawohl, jawohl . . . Die alten Deutschen tranken noch eins . . . Wir versaufen unser Ohma ihr . . . . Heil!

*

Die Sitzung begann gleich mit Spannungen. Daß auch der Magistrat etwas befürchtete und deshalb ein Schupokommando im Stadthaus versteckt untergebracht hatte, erfuhr man leider erst nach Schluß der Sitzung bei seinem Abgang. Wie schwach müssen sich Magistrat und bürgerliche Mehrheit trotz ihrer gerichtlich bestätigten Hausgewalt fühlen!

Schiebungen und kein Ende

Unter den Eingängen interessierte einer besonders: Der Magistrat ließ mitteilen, daß er die Akten in Sachen der Kohlenschiebungen beim städtischen Bergwerk an den Regierungspräsidenten weitergeleitet habe. Von diesem sei entschieden, daß die Vorgänge ihm keinen Grund geben, gegen den Stadtrat Dryander oder einen anderen städtischen Beamten vorzugehen. Der diese Reinwaschung bürgerlicher Korruptionshelden durchführte und unterfertigte, ist der Sozialdemokrat Grützner. Anstelle der Genossin Krüger ist die Genossin Pieuel als Stadtverordnete eingetreten.

Vom Vorsteher wurde der Opfer der Grubenkatastrophe auf „Minister Stein" und des verstorbenen Reichspräsidenten gedacht. Des ersteren Teils des Nachrufes wegen war auch die kommunistische Fraktion im Saale.

Sie führte dann Beschwerde durch Genossen Günther über die langen Sitzungspausen und über die Aufstellung der Tagesordnung, aus der man entnehmen müsse, daß der Stadtverordnetenvorsteher die eben eingegangene Vorlage auf Erbauung der Stadthalle weit nach vorn geschoben habe, während **wochenlang vorliegende Anträge der kommunistischen Fraktion im Interesse der Arbeiterschaft an das Ende der Sitzung geschoben** würden, wobei die Gefahr der Nichterledigung immer bestände. Das wurde vom Vorsteher bestritten, aber die Tatsachen gaben dem kommunistischen Kritiker wieder einmal recht.

Erster Punkt der Tagesordnung war die Neuwahl der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung. Hierbei hat die bürgerliche Mehrheit wohl oder übel die Verhältniswahl durchführen müssen, so daß also auch die kommunistische Fraktion jetzt in den Ausschüssen nach ihrer Stärke vertreten ist. Anerkannt hat die Mehrheit damit freilich das von der Regierung angeordnete Verhältniswahlprinzip noch immer nicht, wie vom Berichterstatter ausdrücklich hervorgehoben wurde.

Die Deputationswahlen wurden vertagt, aus welchem Grunde, war nicht zu ersehen. Die Mehrheit sabotiert auch hierbei nach wie vor die Anordnung der Kommunalaufsichtsbehörde über wingend notwendige Anwendung der Verhältniswahl. Man möchte gar zu gerne die Kommunisten aus den städtischen Dunkelkammern bürgerlicher Interessenpolitik fernhalten. Oder, wie die Dinge heute liegen, man möchte sich mit einigen Konzessionchen loskaufen. Darauf geht die kommunistische Fraktion natürlich nicht ein. Sie verlangt das Recht, das ihr von der Aufsichtsbehörde ausdrücklich attestiert worden ist. Möglich, daß die Bürgerlichen nun doch solange mit den Deputationswahlen warten wollen, bis die von ihnen fürstlich beschlossene Anrufung des Gesamtstaatsministeriums erfolgt ist.

Die Stadthallen-Debatte

Die Debatte zu der Vorlage auf Erbauung einer Stadthalle wurde fast nur von dem kommunistischen Redner und dem Stadtverordneten Starke bestritten. Die Referenten der Ausschüsse sprachen ganz kurz für Annahme der Vorlage. Genosse Kilian führte noch einmal in längerer Rede das gesamte Material vor, das der kommunistischen Fraktion den entschiedenen Kampf gegen den Stadthallen-Bauplan zur politischen Pflicht im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung der Stadt Halle und der Mittelschichten gemacht hat. Es sei eine Utopie, der Meinung zu sein, durch die Erbauung einer Stadthalle könne Halle aus der Bahn seiner wirtschaftlichen Entwicklung herausgerissen werden. Leipzig und Magdeburg würden infolge ihrer Lage, ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und durch die entscheidenden Einflüsse der Behörden immer einen Vorsprung vor der Arbeiterstadt Halle besitzen. **Die Stadthalle, wenn sie gebaut würde, sei doch nur ein Unternehmen, das die besitzende Klasse für sich reklamieren würde.** Er sei ja auch in der Begründung offen zugegeben, daß auf die Abhaltung von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kongressen, Musikfesten und großen Vergnügungen gerechnet würde. Bei dem geringen Vertrauen, das die kommunistische Fraktion für die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft zu dem Magistrat und der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit habe, dürfe angenommen werden, daß die Stadthalle wohl den bürgerlichen Parteien, wahrscheinlich auch den in die bürgerliche Front eingerückten Sozialdemokrate.. zur Verfügung stände, **nicht aber den Kommunisten und anderen Vereinigungen revolutionärer Proletarier.** Es seien in Halle auch Säle zur Abhaltung von Kongressen, z. B. der „Volkspark", mit einem großen schönen Saal. Die hallische Arbeiterschaft habe gerade, wen die Stadthalle erbaut würde, die besondere Pflicht, für die Erhaltung des „Volksparkes" zu sorgen. Die weite Entfernung der Stadthalle von den Wohnquartieren der Arbeiter machen es ihnen zudem unmöglich, an irgendwelchen Veranstaltungen dort teilzunehmen. Außerdem sei es **unverantwortlich, in der jetzigen Zeit ungeheurer wirtschaftlicher Not Millionen für den Bau eines Luxusbaues aus öffentlichen Mitteln zu verausgaben.** Er wundere sich, daß der Stadtverordnete Hirsch keinen Widerspruch mehr erhebe, so wie er es in der vorigen Sitzung getan habe, wo er dem Magistrat angesichts des Stadthallen-Projektes den Vorwurf gemacht habe, er handele wie ein **gewissenloser Bankrotteur.** Die bürgerliche Mehrheit scheine diesem Kritiker des Magistrats inzwischen den Mund gestopft zu haben. Das sollten sich die von der Stadt enteigneten **kleinen Sparer** wohl merken. Das ausschlaggebende Moment für die Ablehnung des Stadthallenprojektes sei die Tatsache des **entsetzlichen Wohnungselends** in der Stadt Halle. Der vom städtischen Wohnungsamt der Offentlichkeit unterbreitete Bericht für 1924 bestätige das ungeheure Wohnungselend. 3500 Familien haben überhaupt keine Wohnung, hinzu kämen noch mindestens 5000 Familien, die in baufälligen oder sinkenden Räumen auf Dachböden oder in Kellerlöchern hausen müßten, die als menschenwürdige Wohnungen unter keinen Umständen angesprochen werden könnten. Der Forderung des Wohnungsamtes, daß für den Kampf gegen das Wohnungselend viel größere Mittel eingesetzt werden müßten, würde durch die Stadthallenvorlage direkt durchkreuzt. **Diese Methode müsse man als eine unverantwortliche Politik bezeichnen.** Es komme hinzu, daß infolge der bürgerlichen Herrschaft in Reich und Staat zukünftig die Einnahmen der Städte sehr bescheiden würden, es komme ferner hinzu, die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und der Wegfall der Hauszinssteuerhypotheken, was zur Folge habe, die nahezu gänzliche Einstellung des Wohnungsbaues mit öffentlichen Zuwendungen. Unter diesen Umständen für drei, vier oder gar fünf Millionen auf Kosten der breiten Masse der arbeitenden Steuerzahler eine Luxusstadthalle zu bauen, die Tausende von Wohnungslosen ihrem traurigen Schicksal zu überlassen, könne man **nicht anders als ein Verbrechen gegen Arbeiterschaft und die Mittelschichten** bezeichnen. Die kommunistische Fraktion müsse deshalb bei ihrer Ablehnung bleiben und im schärfsten Kampf gegen den Magistrat.

Der bürgerlichen Mehrheit waren diese Ausführungen sichtlich unangenehm, denn sie tobten immerfort. Peiersdorf, dieser spießerhafte Führer der sozialdemokratischen Spießerfraktion, wirft den Kommunisten wiederum „Spießerhaftigkeit" vor, weil sie das Wohnungselend bekämpfen wolle. Im übrigen tritt er für die Vorlage ein. Kürbs schildert das krasse Wohnungselend in Halle. Wenn die reichen Leute eine Stadthalle haben wollten, dann sollten sie selber das Geld dazu aufbringen. Starke von der Hausbesitzerfraktion verlangt einen genauen Kostenanschlag. Oberbürgermeister Reve hält erneut seine bekannte Prestigerede. Nachdem Genosse Kilian noch einmal gegen Magistrat und SPD. scharf polemisiert hat, wird Schluß der Debatte beschlossen. **Die Magistratsvorlage wird angenommen.** Dagegen stimmt nur die kommunistische Fraktion und Starke (Hausbesitzerfraktion).

Nach Erledigung kleiner Vorlagen kommen die vier Anträge zur Verhandlung, die die kommunistische Fraktion anläßlich des tödlichen Unglücksfalles eines Schaffners der städtischen Straßenbahn nach sechzehnstündiger Dienstzeit eingebracht hat. Es kommt indessen nur zur Begründung des ersten Teils, einer Anfrage an den Magistrat über die durchschnittliche Arbeitszeit des Straßenbahnpersonals. Darauf gibt Bürgermeister Seydel eine Erklärung ab. Die Straßenbahnverwaltung ist natürlich unschuldig. Das hatte ja auch der Stadtverordnetenvorsteher Busse schon ausdrücklich festgestellt; er erteilte unserem Genossen zwei Ordnungsrufe, weil er von „Scharfmacher- und Ausbeutungspolitik des Magistrats" gesprochen hatte.

Ende im Suff

Bei der danach folgenden Rede des SPD.-Stadtverordneten Schaumburg ereignet sich die Explosion. **Schon während der ganzen Verhandlungen hatten ein Teil der bürgerlichen Stadtverordneten, vor allen Dingen aber die Sozialdemokraten, das erstmalig im Vorraum des Saales aufgestellte Sauf- und Freßbüfett lebhaft in Anspruch genommen.** Mehrere Sozialdemokraten wankten nur noch von ihren Plätzen nach der Quelle und zurück. Insbesondere tat sich Dürrfeld hervor, zum Entsetzen mehrerer seiner Fraktionskollegen. Einer unserer Genossen stellte Schaumburg, der auch die Augen kaum noch offen halten und die Zunge kaum noch bewegen konnte, ein Glas Bier auf den Tisch. Schaumburg schüttete den Inhalt mitsamt über den Saal hin, wobei das meiste auf die Glatzen der Demokraten fliegt. Der besoffene Dürrfeld schreit: „Schmeißt ihm doch auch das Glas noch an den Kopf." Hohngelächter bei den Kommunisten. Grinsen bei den noch nüchternen Bürgerlichen. Schaumburg tobt wie ein Verrückter und schlägt mit den Armen um sich. Was er stammelt, ist in dem großen Tumult nicht zu verstehen. **Dürrfeld, in schmaczem Bratenrock und Zylinderhut, wahrscheinlich wegen einer Trauerfeier für seinen Parteifreund Ebert angeleckt,** schreit von der Bierschenke her in den Saal hinein: „Raus, laßt die Gesellschaft allein." Niemand folgt seinem Rat. Die besoffenen SPD.-Leute und Demokraten sind froh, daß sie sitzen. Endlich merkt auch der Stadtverordnetenvorsteher Busse, daß unten im Saale „etwas los" ist. Er läuft zu den heftig gestikulierenden Gruppen im Saale, redet auf den Genossen Freund ein, wirft ihm „Unanständigkeit" vor, redet auf die Sozialdemokraten ein, attestiert ihnen, daß sie sich „nicht unanständig benommen" hätten. Minner schreit andauernd: „Schluß der Sitzung!" Endlich findet Busse den Mut, den Vorhang über diesem alkoholbutzenden bürgerlich-sozialdemokratischen Skandal-Parlamentstheater fallen zu lassen, indem er die öffentliche Sitzung für geschlossen erklärt.

Die Runge-Schupo und — das Schoßhündchen

oder: Womit sich das hallische Schöffengericht beschäftigt!

Von einem Arbeiter wird uns berichtet:

Das hallische Schöffengericht ist nicht einseitig in seinen Blamagen. Es blamiert sich bei jeder Gelegenheit so gut es eben kann. Eine Sache, die ganz in der Linie bürgerlicher Justiz liegt, also typisch ist, aber auch gleichzeitig jedem ein mitleidsvolles Lächeln entlocken wird, da sich mit ihr zu befassen das hallische Schöffengericht sich berufen fühlte, stand am Montag, dem 2. März zur Verhandlung. Dem Vorfall lag folgendes zugrunde:

Ein Arbeitsinvalide, der ein kleines Schoßhündchen sein eigen nennt, hatte die ungeheure „Frechheit" besessen, dieses Hündchen am Pfälzer Schießgraben frei umher laufen zu lassen. Wenn die Sipo sonst nirgends zu merken ist, wo es notwendig wäre, war sie nunmehr sogleich zur Stelle und notierte den Namen dessen, der sich des geschilderten „Verbrechens" schuldig gemacht hatte, auf. Derowegen und weil der schwer nervenkranke Invalide sich dazu hinreißen ließ, den Sipomann mit seinem Stock zu schlagen, wurde er festgenommen und

in Ketten gelegt.

Bei der Verhandlung, die gestern stattfand, **sagte der in Frage kommende Sipobeamte als Zeuge aus, der Invalide habe den Hund (wohlgemerkt: ein kleines, zierliches Schoßhündchen!) auf ihn gehetzt.**

Das Schöffengericht erkannte den Invaliden für — schuldig und verurteilte ihn zu 3 Mark Geldstrafe. Wir wundern uns nur darüber, daß man das staatsgefährliche Schoßhündchen nicht auch noch zur Rechenschaft gezogen hat.

Kommunistische Metallarbeiter, Euch geht es an!

Dienstag, den 3. März 1925, im „Volkspark":

Außerordentliche wichtige Mitgliederversammlung des DMV.

Tagesordnung u. a.: **Wahl des ersten Bevollmächtigten**

Diese Versammlung muß ein Massenaufmarsch der kommunistischen Metallarbeiter werden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250303-14/fragment/page=0006

Genossen! Besucht heute abend den

„Wort"-Vortragsabend

in der Martinschule, Charlottenstraße.

Laßt Euch vom Maler Genossen Heinrich Vogeler, dem Begründer des „Rote-Hilfe"-Kinderheims Worpswede, berichten

über Kunst und Erziehung im neuen Rußland

Diemitz

Morgen, Mittwoch, abend 8 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus" eine große Einwohnerversammlung statt. Alle Einwohner, insbesondere die Parteigenossen, Klassenkampfleser und Arbeiter-Sportvereine müssen erscheinen. Die Gemeindevertreter werden Aufklärung geben über die letzte Gemeindevertretersitzung.

Diemitz

Gemeindevertretersitzung. Am Montag, dem 23. Februar fand die diesjährige zweite, sehr stark besuchte Gemeindesitzung statt. Als wesentlicher Punkt wird die Aufhebung des Beschlusses, wonach die Gemeindevertreter keinen besoldeten Gemeindevorsteher wieder anstellen, behandelt. Eine scharfe Diskussion entspann sich hierüber. Es zeigte sich, daß die Bürgerlichen, Herr Kohi, Reipsch, Niemann als Aucharbeiter und der Feuerwehrhauptmann Perlitz Redeverbot hatten; denn während sie bei anderen Punkten und auch Sitzungen ihren Mund nie halten können, setzten sie ihn diesmal nicht in Bewegung, sondern saßen auf ihren Plätzen, als ob sie taubstumm geworden wären. Die Wortführer der Bürgerlichen waren natürlich nur Rektor Wiegel und der sparsame Herr Meine. Hier waren sie einmal einer Meinung, welche natürlich auch nur gezwungenermaßen zum Ausdruck kam und zwar deshalb, weil sie nicht einig wurden darüber, einen ehrenamtlichen Gemeindevorsteher anzustellen, da von den neun Bürgerlichen sieben Gemeindevorsteher werden wollten. Da ihnen aber von vornherein klar war, daß dies nichts werden konnte, haben sie sich darüber geeinigt, einen Besoldeten vorzuschieben schon der Einigkeit und vor der Oeffentlichkeit wegen. Die kommunistische Fraktion hielt natürlich solange, wie der Beschluß nicht gefallen war, an ihren früheren Bestimmungen fest, weil sie nicht inkonsequent handeln wollen, den Wählern gegenüber, wie es die bürgerlichen Marionetten tun. Die Abstimmung ergab mit 9 gegen 6 Stimmen die Ablehnung des Antrages. Nunmehr kam es zum Besprechen des dritten Tagesordnungspunktes: Wahl eines besoldeten Gemeindevorstehers. Hier erwies sich natürlich wieder, daß die Bürgerlichen gar nicht das Wohl der Gemeinde im Auge haben, sondern zum „Trotze" gegen die Kommunisten drauflos wirtschaften wollen. Sie brachten somit den jetzigen Gemeindesekretär Schulze in Vorschlag, obwohl sie genau wissen, daß Schulze nicht die Person ist, die ein Gemeindevorsteher sein muß. Unser Genosse Silberberg deckte denn nun auch in dieser Hinsicht Vieles und Genügendes auf. Dies könne natürlich nicht so weiter gehen daß mit zwei Karten gespielt wird. Auch Herr Schulze hat dies mitgemacht, das ergibt sich aus der Tatsache, daß er seine Bewerbung schon am 13. Februar eingetragen hat, ohne den Schöffen bzw. den Gemeindevorstand davon in Kenntnis zu setzen. Für uns als Kommunisten gibt es keine Veranlassung, daß wir derartigen Herren als Oberhaupt der Gemeinde die Stimme geben, wir bringen deshalb Mödig, Seeben, der sich persönlich beworben hat, in Vorschlag. Es entspann sich nunmehr über die Ausführungen des Genossen Silberberg gegen Herrn Schulze eine Aussprache, die sehr scharfe Formen anzunehmen drohte. Doch ein Antrag von den Bürgerlichen auf Schluß der Debatte machte der Diskussion ein Ende. Hierauf erklärte der Vorsitzende die Wahl für eröffnet und gebot, daß während der Wahl die größte Ruhe zu bewahren sei. Stimmberechtigt waren 12 Gemeindevertreter; die Abstimmung ergab 8 gegen 4. Herr Schulze war somit als Gemeindevorsteher der Gemeinde Diemitz gewählt.

Die folgenden Punkte der Tagesordnung waren nicht so von Wichtigkeit, so daß sie sehr schnell erledigt wurden. Nur über das Anschaffen einer Nähmaschine entspann sich eine Diskussion. Die kommunistische Fraktion brachte dadurch zwei Anträge ein. Erstens, zu untersuchen, ob es möglich ist, die jetzige Lehrerin mit dem Lehrgang an der Nähmaschine zu beauftragen. Zweitens, daß die Lehr- und Lernmittel für die Handarbeitsstunden von der Gemeinde bezahlt werden. Der Untersuchungsantrag wird einstimmig angenommen; auch der andere Antrag wird angenommen, nur mit der Ergänzung, daß die, die Lehr- und Lernmittel nicht bezahlen können einen Antrag an die Gemeinde stellen müssen. Als letztes brachte die kommunistische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag ein zur Sportplatzfrage. Dieser Antrag sollte, aber war nicht auf der Tagesordnung, weil die Bürgerlichen die Wahl des Gemeindevorstehers erst erledigen wollten. Doch die Dringlichkeit mußte anerkannt werden.

Eine ziemlich große Anzahl Einwohner hatten sich zu dieser Sitzung eingefunden. Alle wollten sehen, was für ein Gemeindevorsteher regieren soll. So manches Kopfschütteln nach der Wahl bezeugte aber, wie die Einwohner über die Gemeindevertretung und über die Wahl des Herrn Schulze denken. Daß die bürgerlichen Herren umgefallen sind, versteht die Arbeiterschaft sehr gut; aber die Arbeiten, die nun geleistet werden sollen, werden beweisen, was die Bürgerlichen im Sinne haben. Doch die Einwohner von Diemitz werden alle Arbeiten genau kontrollieren und im geeigneten Moment einschreiten.

Wodurch wird die arbeitende Frau von der Politik abgehalten?

Die werktätige Frau empfindet noch viel mehr als der Mann das Joch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in der wir leben. Sie ist ein Opfer der Ausbeutung im Betriebe, wo sie schlechter bezahlt wird als der Mann, sie leidet als Mutter, sie spürt als Hausfrau alle Entbehrungen und die ganze Schwere der proletarischen Existenz. Jede schaffende Frau, die tagein, tagaus für sich und ihre Familie schuftet, die mit ihrer Lage unzufrieden ist, weiß, daß mit diesem ganzen kapitalistischen System, in dem wir leben, ein Ende gemacht werden muß, damit ihr und ihren Kindern wirklich geholfen wird. Und doch, wie wenig Frauen gibt es unter den ausgebeuteten Proletarierinnen und Arbeiterfrauen, die aktiv an dem politischen Kampf teilnehmen, um den Kapitalismus zu stürzen? Immer noch findet man in den Betrieben und in den Arbeitervierteln Frauen, die zwar unzufrieden sind, aber sich jeder politischen Betätigung fernhalten. Sie überlassen die Politik ihren Männern und Söhnen, sie selber „kommen nicht dazu", selbst wenn der Wille vorhanden ist.

In der Tat, die Frau hat im Alltagsleben mehr Sorgen und Pflichten als der Mann, Sorgen und Pflichten, die ihr die politische Betätigung erschweren.

Was hält die Arbeiterin von der Partei ab? Was hindert sie, am Partei-, am öffentlichen Leben teilzunehmen?

Vor allem sind es natürlich die Mutterpflichten. Die kapitalistische Gesellschaft, die die Proletarierin 8, 10 und mehr Stunden täglich im Betrieb schuften läßt, sorgt nicht dafür, daß die Kinder der Arbeiterin in Heimen gut aufgehoben, in Kindergärten erzogen werden. So muß die Frau, auch wenn sie berufstätig ist, neben des Tages Plage für ihre Kinder sorgen. Wenn die Arbeiterin abgerackert nach Hause kommt, da beginnt erst die Arbeit zu Hause.

Aber auch wenn die Arbeiterin keine Kinder zu Hause zu besorgen hat, da wartet ja der **Haushalt** auf sie: der Kochherd, der Scheuerlappen, die Wäsche. Schon August Bebel, der Führer der Sozialdemokratie aus der Zeit, als die Sozialdemokratie noch eine Vertreterin der Arbeiterinteressen war, wies in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus" nach, welche Rolle die Sozialisierung der Hauswirtschaft für die Befreiung der Frau haben wird. Solange die gesamte Hausarbeit nicht mit technisch vollkommenen Mitteln für die **Allgemeinheit** sorgen wird und jede Frau eine Sklavin des Kochherdes und des Waschkübels ist, kann die Frau nicht frei sein.

Die arbeitende Frau muß ein höheres Maß von Ziel- und Klassenbewußtsein aufbieten als der Mann, um sich der Arbeit für die Befreiung ihrer Klasse hinzugeben. Die Frau hat es schwerer im Leben als der Mann, aber gerade deshalb sollte ihr die Notwendigkeit der Befreiung um so eher einleuchten.

Die tägliche zermürbende kleinliche Hausarbeit bringt es teilweise mit sich, daß die proletarische Frau schwerer aufzurütteln ist als der Mann. Sie kommt kaum zum Lernen und ihre geistigen Bedürfnisse schlafen ein. Dazu kommt, daß der Mann in den meisten Fällen die Frau in ihrem Befreiungskampf nicht unterstützt, sondern im Gegenteil die Frau allein in der Rolle der Mutter, der Gattin und des Haustiers sehen möchte. Es gibt viele klassenbewußte Männer, ja sogar Kommunisten, die es nicht gerne sehen, wenn ihre Frauen in Versammlungen laufen und sich deswegen vielleicht weniger um den Haushalt kümmern. Sie meinen, die Politik sei das Gebiet des Mannes, und die **Frau gehöre ins Haus.** Die Arbeiterin, die zum Klassenbewußtsein erwacht, muß häufig erst den Kampf in ihrer eigenen Familien anfangen, bevor sie zur tüchtigen Kämpferin gegen den Kapitalismus werden kann.

Weil die Frau in der kapitalistischen Gesellschaft eine besonders unterjochte Stellung einnimmt und ihr Befreiungskampf sich unter besonderen Schwierigkeiten vollzieht, so gilt es, eine

besonders rege Propaganda und Agitation unter den Frauen in den Betrieben, in den Wohnbezirken, an allen Orten, wo Arbeiterfrauen und werktätige Frauen anzutreffen sind, zu führen.

Die **russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen** sind ihren Schwestern im revolutionären Kampf als leuchtendes Beispiel vorangegangen. Obwohl sie in einem kulturell rückständigen Lande, wie es das zaristische Rußland war, viel weniger Bildung und Wissen besaßen als wir, haben sie ihre **Klasseninteressen** richtig erkannt und haben die **Fahne der Revolution** hochgehoben. Der Preis blieb nicht aus:

Sowjet-Rußland ist das einzige Land der Welt, wo die Frauen dem Manne vollkommen gleichgestellt ist, wo das Gesetz für Mutter und Kind am meisten sorgt!

Die internationale Frauenwoche vom 1. — 8. März

ist eine Propaganda- und Kampfwoche für die Interessen der werktätigen Frauen in allen Ländern.

Schaffende Frauen in Stadt und Land
Arbeiterinnen im Betrieb und im Bureau
Heimarbeiterinnen, Hand- und Kopfarbeiterinnen!
Hausangestellte und proletarische Hausfrauen!

Reiht Euch ein in die rote Front des revolutionären Proletariats!

Oppositionelle Metallarbeiter, geht in die heutige Mitgliederversammlung

Wählt alle Lieberasch!

Heute, Dienstag, Mitgliederversammlung des DMV. im „Volkspark" um 8 Uhr. Tagesordnung: Wahl des 1. Bevollmächtigten. Zur engeren Wahl stehen zwei Sozialdemokraten und ein Kommunist (Lieberasch).

Genossen, sorgt dafür, daß der Genosse Lieberasch mit erdrückender Mehrheit gewählt wird. Die Reformisten versuchen krampfhaft, ihre Kandidaten durchzubringen. Erscheint darum alle Mann, damit ihre Hoffnungen zuschanden werden.

Die Fraktionsleitung.

Arbeiter-Frauen!

Reiht Euch ein in die Rote Front zum Kampf gegen Ausbeutung und Elend!

Es finden anläßlich der internationalen Frauenwoche in folgenden Orten

große öffentliche Versammlungen

statt mit dem Thema: „Wie kommen wir proletarischen Frauen aus Not und Elend heraus?":

Halle

am Donnerstag, dem 5. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark".

Passendorf

am Freitag, den 6. März, abends 8 Uhr, in den „Drei Lilien";

Aus der Jugendbewegung

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Am Mittwoch, dem 4. März, findet im Lokal „Zur Schützei", Kleine Ulrichstraße, eine Erwerbslosen-Versammlung für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Thema:

Wahl eines Vertreters der Jugend.

Erwerbslosenrat.

*

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle. Heute abend ½8 Uhr in der bekannten Turnhalle: Turnen. Nur Mitglieder gegen Vorlegung der Mitgliedskarte haben Zutritt. Mittwoch abend 8 Uhr findet der Bildungskursus in der „Produktiv-Genossenschaft" statt.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Athletenbund Deutschlands (5. Kreis), Halle. Der Waldlauf, welcher für Sonntag, den 8. März festgesetzt ist, findet bestimmt vormittags 9 Uhr statt. Treffpunkt und Auskleidelokal 8 Uhr im „Lindenhof" (Kröllwitz). Die technische Leitung liegt in den Händen des Sportgenossen Otto Kloppe (Achilles). Hinzu kommen in den technischen Ausschuß die Sportgenossen Otto Kirchhoff (Atlas), Herm. Wittig (Germania-Felsenfest) und Rost (Sportklub Diemitz); als Radfahrer Sportgenosse Hammer (09) Außerdem hat jeder Verein zwei Ordner zu stellen. Stoppuhren sind mitzubringen.

Sportklub Adler 1895 gegen Sportvereinigung Achilles 1890, Abteilung Handball, 4:1. Am Sonntagnachmittag standen sich obige Vereine im Freundschaftskampf gegenüber. Im voraus schon war ein scharfer Kampf zu erwarten. Das Spiel wurde sehr beeinträchtigt durch die Abwesenheit des angesetzten Schiedsrichters. Von Anwurf an entspann sich ein flottes Spiel, doch zeigte sich gleich die bessere Technik der Adler-Elf, welche schon in der 8. Minute durch den Mittelstürmer das erste Tor einsenden konnte, welchem in kürzeren Zwischenräumen drei weitere vom Halbrechten und Mittelläufer folgten. Mit 4:0 wurden die Seiten gewechselt. Im Verlauf der zweiten Hälfte gelang es Achilles (Mittelstürmer), durch fahrlässiges Handeln des Adler-Tormannes, das heißerkämpfte Ehrentor einzusenden. Mit dem Resultat von 4:1 gingen beide Mannschaften auseinander.

Fichte Ammendorf. Sonntag, den 22. Februar, spielte Fichte Ammendorf 1. gegen 1893 Weißenfels 1. Resultat: 1:0. — Fichte 2. gegen 1893 Weißenfels 2. mit 1:1. — Fichte Ammendorf Jugend gegen Giebichenstein Jugend 2:1. — Sonntag, den 1. März, spielte Fichte Ammendorf 2. gegen Langendorf 1. Fichte Ammendorf Jugend gegen Langendorf Jugend.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Meß-Mend

36

Roman von Jim Dollar

„Kha-khi-kikikahaa!" drangen aus der Kiste die seltsamen Töne. Sorrow runzelte die Augenbrauen, trat auf die Kiste zu und trommelte mit aller Kraft dagegen.

„Sorrow, Mend Meß!" klang es kläglich aus der Kiste.

Lory und der Techniker Sorrow sahen sich an, rissen gemeinsam den Deckel ab und erblickten den Schlosser Willings, der dreimal gefaltet dalag und sie mit hungrigen und kläglichen Blicken ansah.

„Willings!" rief Lory.

„Willings! Du auch!" stieß der Techniker Sorrow vorwurfsvoll aus.

„Ich, Jungens, ich bin's ganz gewiß! Ich kann wohl sagen, daß ich das Schlimmste, was in jener Welt uns erwarten kann, schon in dieser erfahren habe. Jetzt fürchte ich den Tod überhaupt nicht mehr, nein, nicht im mindesten, auch wenn es die Cholera selber ist."

„Ich bitte Dich, nicht zu philosophieren," unterbrach ihn Sorrow finster, „sondern mir zu sagen, wie Du, die Stütze unseres Verbandes, dazu kommst, dem Beispiel des windigen Lory Lane zu folgen und einem Weiberrock nachzulaufen!"

„Nein, Sorrow, nein — ein Weiberrock ist es nicht!" erwiderte Willings ärgerlich, „ich habe sie in den Hosen unseres Lory gesehen, und ich sage Dir offen heraus, — auch wenn es nicht die Hosen von Lory gewesen wären, sondern das Futteral von einer Trommel oder die Ehrenfahne der Universität von Bostan, — ich wäre ihr doch gefolgt, so wahr ich hier stehe."

„Sehr richtig", sagte jemand in ihrer nächsten Nähe.

Alle drei zuckten zusammen und blickten suchend nach allen Seiten. Aber es war keine Seele um sie, — die Löscharbeiter arbeiteten in Gesellschaft des Mr. Peal in weiter Entfernung von ihnen.

„Sehr richtig", wiederholte jemand noch einmal, und der Sack, der vor den Füßen des Technikers Sorrow lag, veränderte plötzlich seine Umrisse.

„Daß Dich der Teufel hole, wer Du auch seiest," sagte der Techniker und versetzte dem Sack einen kräftigen Hieb, „ich werde Dich in eine Bäckerei schicken, — mögen sie dort entscheiden, in welchen Ofen sie Dich stecken wollen. Du Taugenichts, Du Feigling, Du Deserteur!"

„Das wirst Du nicht tun, Sorrow", sagte der Sack, der sich plötzlich aufschlitzte und keinen anderen als Nad sehen ließ.

„Das habe ich mir gedacht," lachte Lory, „nun, Jungens, jetzt sind wir wieder alle beisammen. Wir haben sie aus der Hudson herausgefischt, — wir sind offenbar dazu bestimmt, sie auch weiterhin zu bewachen."

„Das werden wir doch sehen," brummte Sorrow, „vor allen Dingen führe ich Euch dort hin, wo Ihr Euch anmelden könnt und dann verschaffe ich Euch Arbeit. Wenn es Euch gefällt, könnt Ihr dieselbe Luft riechen, die Ms. Orlon einatmet, aber ich verbiete Euch kategorisch, sie zu sehen."

„Das werden wir noch sehen!" rief Lory.

„Das werden wir noch sehen!" brummte Willings.

Wie um ihre Worte zu bestätigen, tauchte an der Landungsstelle plötzlich eine schlanke, dünne Gestalt im weißen Kleide, mit Kastanienlocken und einem großen, zottigen, schmutzigen Hund auf, der ihr auf Schritt und Tritt wedelnd folgte. Die Gestalt sah sich suchend um, bis sie den Techniker Sorrow und die drei Freunde erblickte. Dann stieß sie einen freudigen Schrei aus und lief, so schnell sie konnte, ihnen entgegen. Der Hund überholte sie mit zwei Sätzen, warf sich zu den Füßen des Technikers Sorrow, winselte und bellte ungestüm.

„Der Teufel soll mich holen, wenn das nicht Beauty ist!" stieß der Techniker aus und umarmte den schmutzigen, zerzausten Hund; seine drei Kameraden dagegen widmeten ihre Gefühlsausbrüche nicht dem Hunde, sondern Vitz Orlon.

Mister Wassilow im Lande der Wunder

Wassilow sprang aus dem Hause und gab sich Mühe, nicht zu denken. Aber nachdem er eine Zigarette geraucht und einige Male auf- und abgegangen war, beruhigte er sich und widmete seine Aufmerksamkeit der Stadtgegend. Das Haus, wo sie untergebracht waren, stammte aus alten Zeiten, vielleicht aus der Epoche Peters des Großen. Sein Kern schien mehrmals ausgebaut worden zu sein, — die Gesamtarchitektur erhielt dadurch einen ungefügen, wenn auch grandiosen Charakter. Hier war das Heim der Künstler und Schriftsteller untergebracht. Auch den zugereisten Kommunisten wies man hier Räume an. Fast vor jedem Eingang standen Autos. Motorräder flogen fortwährend herbei und sausten wieder ab. Er hatte erst einige Schritte gemacht, da lenkte eine Brothändlerin seine Aufmerksamkeit auf sich

Es war eine Greisin im zerrissenen Kleide, in Männerstiefeln, mit einem Stückchen Fenstergardine auf dem Kopfe. Ihr Gesicht war so zerknüllt, verfallen und verunstaltet, daß es eher einem alten Stück Leder als einem Menschengesicht ähnelte. Die Augen waren weiß, verblichen, kein Gedanke spiegelte sich in ihnen. Sie stand regungslos da und der Käufer nahm selbst das Brot aus dem Korb und warf ihr, ohne zu fragen, das Geld hin. Wassilow war gerade dabei, sich ihr Aeußeres zum Bewußtsein zu bringen, als aus dem Tor ein hoher, grauer Zeitungsmann mit einer Krücke herauskam, dessen Gesicht von dunklen Flecken entstellt war und dessen Unterlippe wie bei einer Bulldogge herabhing. Er kam hinkend heraus, blickte mißtrauisch nach allen Seiten und ging, ohne Wassilow zu bemerken, schnell auf die Alte zu.

Wie groß war Wassilows Verwunderung, als der Zeitungsmann die Hand der Händlerin ehrerbietig an seine Lippen drückte, ihr eine tadellose höfische Verbeugung machte und in einem vorzüglichen Englisch sagte:

„Wie steht es mit Ihrem Rheumatismus, Fürstin?"

„O, ich beklage mich nicht", erwiderte die Händlerin kokett, „ich hoffe, Sie haben die letzte Rede unseres geliebten Monarchen gelesen?"

„Wie sollte ich nicht, ich trage sie an meinem Herzen!"

Nach einer zeremoniellen Verabschiedung lief der Zeitungsmann hinkend zu den Passanten, und die Händlerin erstarrte in ihrer früheren Stellung

„Ein nettes Land, wo die Bettler zu der höchsten Aristokratie gehören!" murmelte Wassilow und wandelte weiter. In diesem Augenblick flog ein Auto um die Ecke, das mit einer roten Flagge verziert war. In ihm saßen zwei einfache Arbeiter in geflickten Jacken und unterhielten sich mit einem hübschen Menschen mit einem lockigen Kopf und blitzenden, schwarzen Augen. Als die Passanten das Auto bemerkten, nahmen sie grüßend die Hüte ab, manche riefen ihnen einen Gruß zu.

„Das wird wahrscheinlich der Regent der Stadt sein", dachte Wassilow, „merkwürdig, daß er mit einfachen Arbeitern umherfährt."

„Was ist geschehen? Was konnte diese wichtige Persönlichkeit hindern, weiterzufahren?" dachte Wassilow, denn die Straße war fast leer. „Was ist denn das?! Einige Paare ganz kleiner Kinder, die alle gleich ärmlich gekleidet und deren geschorene Köpfchen mit den gleichen Mützchen bedeckt waren, überschritten den Fahrdamm. Ein häßliches Mädchen mit einer Brille auf der Nase, die wie eine Quäkerin aussah, führte sie. Sie fuchtelte energisch mit den Armen und nachdem sie das letzte Kinderpaar dicht vor dem Auto vorbeigeführt hatte, gab sie dem Chauffeur mit majestätischer Gebärde das Zeichen zum Weiterfahren, worauf dieser weiterfuhr. In der Tat, ein sonderbares Schauspiel. Arme, elternlose Kinder verlegen der ersten Persönlichkeit der Stadt den Weg, als wenn sie die Nachkommen eines englischen Pairs oder eines amerikanischen Milliardärs wären . . .

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250303-14/fragment/page=0007

Was die Erwerbslosen fordern

Konferenz der Arbeitslosen Rheinland-Westfalens

(Eig. Drahtm.) Essen, 3. März.

Am Montag fand hier eine Konferenz der Erwerbslosendelegierten Rheinland-Westfalens statt. Vertreter waren 84 Delegierte, darunter 16 Parteilose und 68 Kommunisten, 13 Unorganisierte. Alle übrigen waren organisiert. Gesprochen wurde über die Lage der Erwerbslosen in Rheinland-Westfalen. Nach einem Referat und einer eingehenden Diskussion wurde eine Resolution gefaßt, in der im wesentlichen folgende Forderungen aufgestellt wurden:

Strikte Ablehnung der Pflichtarbeit,

Achtstundentag und Siebenstundenschicht,

Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß,

Gegen Betriebsstillegungen und Produktionssabotage,

Für sofortige Erhöhung der Unterstützungssätze bis zur Sicherung des Existenzminimums,

Für die Beseitigung der Erwerbslosenversicherung,

Für sofortige Beschaffung von Arbeit bei voller Bezahlung des Tariflohnes unter der Kontrolle der Erwerbslosenräte und der Gewerkschaftsorgane,

Zahlung der Unterstützungssätze während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit ohne Unterschied des Alters und Geschlechts.

Aufhebung der Karrenzeit,

Gegen die Aussteuerung und gegen die Verschickung nach Orten, in denen noch Arbeitslose sind.

Gegen die Eisenbahnerentlassungen

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte folgende Interpellation ein:

Die Betriebsabteilung Guben des Ausbesserungswerkes Frankfurt a. O. der Reichsbahn, in einer Belegschaftsstärke von 450 Mann, soll nach einer kürzlich erlassenen Verfügung bis auf 100 Mann abgebaut werden. Am 20. Februar sind bereits die ersten Kündigungen erfolgt. ¾ der Belegschaft besteht aus Arbeitern mit über 20 Dienstjahren. Versetzungen sollen nicht in Frage kommen, weil angeblich auch an anderen Dienststellen abgebaut werden soll. Die Arbeiterpensionskasse B, verweigert ab 1. Januar d. Js. die freiwillige Weiterversicherung. Sie weigert sich ebenfalls, die eingezahlten Gelder zurückzuerstatten.

Was gedenkt die Reichsregierung in diesem, wie in allen übrigen Fällen, wo in neuester Zeit wieder Entlassungen vorgenommen wurden, zu tun, um ihre bei der Annahme des Reichsbahngesetzes erfolgten Versprechungen zu erfüllen und den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen?

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

zur erneuten Bedrohung des Rheinlandes

(Eig. Meld.) Berlin, 2. März.

Wegen der Zuspitzung der Sicherheitsfrage, insbesondere wegen der erneuten Bedrohung des Rheinlandes und der Gerüchte über die Stellung der Deutschen Regierung, hat der Abgeordnete Genosse Stöcker im Auftrag der kommunistischen Fraktion die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verlangt.

Jung-Spartakus auf dem Plan

Berlin, 2. März.

Am vergangenen Sonntag demonstrierte Jung-Spartakus. Ungefähr 1500 Kinder waren in prächtiger Ordnung aufmarschiert.

Ausland

Die englische Flottenpolitik gegen Japan und Rußland

Sogenannte Dementis pflegen meist direkte oder indirekte Bestätigungen zu sein. Dies gilt auch von den folgenden Meldungen: „Der erste Kapitän der Admiralität stellte fest, daß die Arbeit noch nicht wiederbegonnen habe auf der vorgeschlagenen neuen Schiffswerft und dem Flottenstützpunkt Singapore." Sie wird also bald wieder beginnen. Dieser Ausbau des „Gibraltars des Pazific" ist vertragswidrig und richtet sich gegen Japan. Ebenso dementiert Chamberlain die Meldung, „daß man einen Flottenstützpunkt im Schwarzen Meer errichtet hätte". Wozu braucht denn England das? Es stehen ihm ja sowieso alle Häfen seines Vasallenstaates Rumänien als Flottenbasis gegen Sowjet-Rußland zur Verfügung.

Faszistenterror in England

Der Prinz von Wales soll auf Reisen gehen: „so kann er was erzählen". Zu dem Zweck hatten Macdonald und die anderen Zwiebacksozialisten dem guten Jungen das runde Sümmchen von 1000 Pfund, das sind rund 225 000 Goldmark, bewilligt. Der Arbeiterabgeordnete David Kirkwood aber war gegen diese „Subvention". Der königliche Jüngling möge die Elendsviertel von London und die Arbeitslosen in Schottland aufsuchen, da lerne er für sein zukünftiges „Handwerk", als wenn er die Eingeborenen von Australien besichtige. Und billiger sei es. Die englische Arbeiterschaft bewillige kein Geld für solche Vergnügungsreisen.

Die freimütige Deutlichkeit des Arbeitervertreters Kirkwood brachte nun die englische Bourgeoisie so in Wut, daß sie Kirkwood täglich Dutzende von Drohbriefen mit Todesandrohung zuschickt: „er werde eines Abends geräuschlos verschwinden."

Das Gesicht der herrschenden Klasse ist überall,in England wie hier, gleich viehisch, brutal, feig und hundsgemein.

„Rot Front" ist die Arbeiter-Parole

Schwarz-rot-gold ist Arbeiterbetrug

Der „Wehrwolf" mit dem schwarzrotgelben Schafsfell

Daß das Reichsbanner im Grunde genommen genau so eine Schutztruppe des Kapitals ist wie die schwarzweißroten Faszistenorganisationen Hitlers, Ehrhardts, u. a. Landsknechte, ist dem revolutionären Teil des Proletariats längst klar gewesen. Dennoch laufen Tausende Proletarier, auch Industrieproletarier, heute noch den wilhelminischen Generalen a. D., Staatsministern, Pastoren, Polizeiobersten a. D. und Regierungsräten nach, staffieren sich schwarzrotgelb aus und glauben, so am besten die „Reaktion" bekämpfen zu können.

Wie die Reaktionäre ihre schwarzrotgelben Gesinnungskameraden einschätzen, ist ersichtlich aus der Nr. 6 der Hakenkreuzzeitung „Der Wehrwolf". Es steht dort u. a. geschrieben:

„Herr Hörsing (SPD.) hat vielleicht gegen seinen Willen Dinge verwirklicht, die wir als notwendig schon vor Jahren gepredigt hatten. Ob alle die Hunderttausende am 22. Februar in Magdeburg sich darüber klar sind, daß sie alles das Strich für Strich nachmachen, was ihnen die so geschmähten Vaterländischen bereits vor langer Zeit vorgemacht haben —? „Und heute . . . . . . Liebes Reichsbanner. Herr Hörsing wird an der Spitze einer Armee durch Magdeburg marschieren". Wo ist der Kampfruf geblieben von der „Roten Fahne", der Ruf: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" Es dämmert langsam und auch Ihr fangt an, etwas von der Heiligkeit des Begriffes „Vaterland" zu ahnen.

Wenn Ihr (die Mannen von der Barmat-Brigade) also heute noch in vieler Beziehung im Banne steht von geheimen Mächten, die Ihr in Eurer Harmlosigkeit nicht ahnt, und nicht kennt, wir wissen, Ihr folgt Schritt für Schritt unseren Spuren!"

„Und darum sind wir . . . . bei Euch und freuen uns mit Euch, denn wir wissen, es ist Vorarbeit für den Tag . . . . . ."

Nun, für welchen Tag wohl? Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen? I wo, so naiv sind auch die „Wehrwölfe" nicht mehr.

Der Feind steht links! Nieder mit den „vaterlandslosen" Gesellen! Das ist die gemeinsame Parole aller Faszisten Deutschlands.

Die „Wehrwölfe", die mit ihren Galgenvogelgesichtern und Totenkopfabzeichen sich an die Arbeiter heranmachen, sind wenig gefährlich, weil sie das Kainszeichen an der Stirn tragen.

Die Reichsbannerdemagogen, ebensolche „Wehrwölfe" (Kettenhunde der Bourgeoisie) haben sich das schwarzrotgelbe Schafsfell übergezogen, arbeiterfreundlich drapiert, um desto unauffälliger auf Dummenfang gehen zu können. Die Reaktion! Das sind die Schwarzweißroten und die Schwarzrotgelben.

Dieser Reaktion muß entgegengestellt werden die Rote Front des Klassenkampfes.

Reichsbanner mit dem Stahlhelm Arm in Arm

Die Sozialdemokratie und das schwarzrotgoldene Reichsbanner kreischen fortgesetzt hysterisch: „Die Kommunisten sind die Verbündeten der Reaktion!"

Dies ist aber nicht nur Schwindel, sondern ein ganz tolpatschiges Manöver mit dem einen Gedanken, von ihrem eigenen Arbeiterverrat abzulenken. Die Schwarzrotgelben können den Wahrheitsbeweis ihrer Lügen und Verleumdungen nicht antreten. Wir aber haben konkretes Material über die Gemeinschaft von Reichsbanner und Stahlhelm, über den offensten Arbeiterverrat der schwarzrotgelben Prätorianer. Folgende Schreiben, die das Reichsbanner an den Stahlhelmbund sandte, beweisen schlagend unsere Behauptungen:

„An den Stahlhelmbund, Riesa. 13. 1. 25.

Unterzeichnete Organisation erlaubt sich, bei Ihnen anzufragen, ob Sie gewillt sind, zwecks Ausbildung der Leute gemeinsame Uebungen abzuhalten.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

(Stempel.)

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Riesa."

*

„An den Stahlhelmbund Riesa.

Bezugnehmend auf unser Schreiben vom 13. 1. 25 erlauben wir uns, den Führer ihres Bundes zu einer gemeinschaftlichen Aussprache im Restaurant „Gambrinus" einzuladen.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

(Stempel.)

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Riesa."

Welcher Arbeiter zweifelt noch daran, daß Schwarz-Rot-Gelb eine reaktionäre Organisation, eine Schutz- und Trutzorganisation des deutschen Bürgertums ist?

Welcher ehrliche Arbeiter will dieser Verrätergesellschaft noch Gefolge leisten?

Jeder Arbeiter gehört in den Roten Frontkämpfer-Bund! In die Organisation die die Interessen der Arbeiterschaft gegen alle ihre Feinde hochhält und verteidigt.

Schwarzrotgold als Unternehmergarde

Die Schwarzrotgelben versuchten eine Versammlung der oppositionellen Lederarbeiter zu verhindern, indem sie den Verteilern die Flugblätter abnahmen und sich vor dem Versammlungslokal postierten und erklärten, die Versammlung fände nicht statt. Der Rote Frontkämpferbund mußte erst diese elenden Saboteure in die Flucht schlagen.

Dawes stellt die Zahlungsunfähigkeit Frankreichs fest

In einer Rede vor dem Bankierklub in Chicago erklärte General Dawes: „Frankreich ist ohne Zweifel durch den Krieg in einem Maße verarmt, daß sich darüber nur die wenigsten Rechenschaft geben können. Indessen — dies ist aber meine persönliche Meinung — und nicht die Art, wie unser Land die Sache ansieht, welches verlangt, daß Frankreich nach dem Ausmaß seiner Leistungsfähigkeit bezahle — — hoffe ich, daß wir früher oder später ein Dawes-Komitee haben werden, um zu untersuchen, wieviel Frankreich bezahlen kann oder ob es nicht gescheiter wäre, seine Schulden ganz zu streichen."

Es ist natürlich auch nur eine ganz „persönliche" Freundlichkeit von Dawes, derart gerade vor amerikanischen Bankiers die Zahlungsunfähigkeit Frankreichs festzustellen in dem Augenblick, wo der Franken wieder einmal ins Bodenlose wegzusacken droht — notabene auch „mit Hilfe" der amerikanischen Börsenjobber! So wird der „Siegerstaat" Frankreich mürbe geklopft, systematisch seine Geldwährung zerstört, um ihn reif zu machen für die „Dawesierung", d. h. ihn, wie Deutschland und die anderen „Randstaaten" zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kolonie des amerikanischen Mammutimperialismus zu machen.

Aus der Partei

Parteiarbeiterkonferenz in Chemnitz

Chemnitz, den 2. März.

Am Sonnabend und Sonntag hat hier eine Parteiarbeiter-Konferenz der drei sächsischen Bezirke: Erzgebirge-Vogtland, West- und Ostsachsen getagt. Die Genossin Ruth Fischer und der Genosse Ernst Schneller hielten das politische Referat. Sie zeigten die nächsten Aufgaben und forderten die drei Bezirke auf, gemeinsam an die Vorbereitung und Lösung aller durch die jetzige Situation aufgeworfenen Fragen heranzugehen. In der Diskussion bekräftigten die einzelnen Vertreter der Bezirke die Notwendigkeit des engen Zusammenarbeitens und der Koordinierung der Arbeiten der drei Bezirke. In politischer Hinsicht stellte sich die Parteiarbeiterkonferenz einmütig hinter die Partei, die Zentrale und die Kommunistische Internationale. Eine Resolution, die von der Zentrale unbeugsames Festhalten an der jetzigen Parteilinie fordert, wurde von allen Teilnehmern bei drei Stimmenenthaltungen angenommen. Die Konferenz beschloß ferner einen Aufruf an die sächsische Arbeiterschaft, in dem die konterrevolutionäre Rolle Eberts gekennzeichnet wird und die Arbeiter aufgefordert werden, die Ebert-Partei zu verlassen und sich der einzigen Arbeiterpartei, der KPD., anzuschließen.

Der Klassenkampf kostet ab 1. März mit 10 Beilagen nur 2,30 Mk.

Bestellt ihn sofort!

Kommunistische Internationale

Organ des Exekutiv-Komitees der Komintern

erscheint wieder in deutscher Sprache

Nach einjähriger Unterbrechung infolge technischer Schwierigkeiten ist es gelungen, die deutsche Ausgabe zur regelmäßig und mit aktuellem Inhalt erscheinenden Monatsschrift auszugestalten.

Das Januarheft ist eben erschienen, das Februarheft folgt in wenigen Tagen und die kommenden Hefte werden pünktlich am 20. jeden Monats erscheinen.

Inhalt des Januarheftes:

Sinowjew: Ueber die Bolschewisierung der Parteien der Komintern. Bela Kun: Die ideologischen Grundlagen des Trotzkismus. Martynow: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht auf dem Dorfe. Karl Radek: Neue imperialistische Verwicklungen im Osten. Smolianski: Elemente der Einheit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Varga: Der Weltkapitalismus 1924/25. Klara Zetkin: Helphand-Parvus. John Pepper: Die Zukunft der Lafolette-Bewegung. G. G. L.: Die Polnische Partei nach dem 5. Kongreß der Komintern. Rjastas: Die Kommunistische Partei Estlands im Feuer. Wujowitsch: Die nächsten Aufgaben der Jugendinternationale. P. Gerber: Die Könige der Spekulation als Mäzene der SPD.-Bibliographie.

*

Jeder Funktionär, der über die Grenzpfähle seines Landes hinaussehen will, muß dieses zentrale Organ der kommunistischen Weltpartei

regelmäßig lesen!

Der Preis eines Heftes beträgt 1.50 Mk., das Abonnement vierteljährlich 4.50 Mk., halbjährlich 9.00 Mk. (Vom Vierteljahrsabonnement ab trägt der Verlag die Versandspesen). **Man abonniert bei den Parteibuchhandlungen oder direkt beim Verlag Karl Hoym, Nachf., Zweigstelle Berlin NW 6, Luisenstraße 27/28.**

„Inprekorr."

Die Wochenausgabe Nr. 9 der „Internationalen Presse-Korrespondenz" vom 26. Februar ist soeben erschienen. Sie ist 32 Seiten stark. Aus dem Inhalte heben wir hervor:

Die große Rede des Genossen Frunse über die internationale Lage und die militärischen Aufgaben der Sowjetunion. Weiter folgende Artikel, die aktuelle Fragen behandeln:

Maslow: „Ueber den Zerfall des britischen Imperiums."

Rosenberg: „Der entlarvte Konzeuge im Leipziger „Tscheka"-Prozeß". „Der Barmat-Skandal und die „Sachlichkeit" der Austro-Marxisten."

Dimitrow: „Die neuen blutigen Provokationen der Zankow-Regierung und die Kommunistische Partei Bulgariens."

Pjatnitzky: „Zellen und Lokalorganisationen der Sektionen der KJ."

Neurath: „Aus versteckter zu offener Feindschaft der Bolschewisierung der Partei."

Kujbyschew: „Die Ergebnisse des Plenums der Zentralen Kontrollkommission der RKP."

Bittel, Karl: „Eine Teuerungswelle überflutet die ganze Welt."

Samuelson: „Massenkampf der schwedischen Arbeiterklasse."

Turner: „Die britischen Arbeiter und die Wohnungsfrage."

Hilt: „Merkwürdige „Schüler Lenins" in Norwegen."

Ferner eine Reihe von Beiträgen aus der Union der Sowjetrepubliken, der proletarischen Frauenbewegung und der Genossenschaftsbewegung, ein Bericht über die erste Konferenz der französischen Arbeiter- und Bauernkorrespondenten, sowie mehrere Arbeiterkorrespondenzen, Aufrufe, Buchbesprechungen, Nachrufe vervollständigen das reichhaltige Material.

Dieser Wochenausgabe liegt Sondernummer Nr. 29 bei: „Zum Internationalen Frauentag" mit Beiträgen von: Sinowjew, Krupskaja, Arbore, Lebedew und Bucharin nebst einer großen Rede Sinowjews bei.

Der monatliche Abonnementsbetrag für folgende Länder beträgt: Oesterreich 20 Kronen (2 Schillinge); Deutschland 1,50 Mark; Tschechoslowakei 12 Kronen; Schweiz 2 Frank.

Der Abonnementsbetrag ist im Voraus zu entrichten.

Die „Internationale Presse-Korrespondenz" ist zu beziehen durch den Zentralverband Wien IX., Berggasse Nr. 31.

Kulidasein oder Klassenkampf

In der vor einigen Tagen im Parteiverlag erschienenen Broschüre „Kulidasein oder Klassenkampf", die bei dieser Gelegenheit nochmals allen Genossen für die Propagandaarbeit empfohlen sei, hat sich infolge eines Versehens in der Druckerei ein Fehler eingeschlichen. Auf Seite 30 ist eine Reihe von politischen Kampflosungen zusammengestellt, eine Art „Minimalprogramm". Am Schluß dieser Losungen sollte stehen: „Das aber heißt auf jeden Fall: Sturz der vom Imperialismus gekauften Regierung! — Schaffung einer revolutionären Regierung, die dieses Programm durchführt! Durch einen Irrtum ist nun dieser Schluß in die Mitte der Parolen hineingeraten, was den Sinn der Parolen als Minimalforderung und unmittelbare Kampfparole verwischt. Alle Genossen, die diese Broschüre besitzen oder sie zu kaufen beabsichtigen (Preis 20 Pf.), müssen die folgende Berichtigung sofort ausschneiden und einkleben. Die Reihenfolge lautet richtig:

Restlose Amnestie der proletarischen Freiheitskämpfer! Zerreißung des Dawes-Planes! — Ausweisung der Blutsaugerkommissare der Entente! — Auflösung der Reichswehr und Schutzpolizei! Allgemeine Bewaffnung des arbeitenden Volkes! — Wirtschaftliches und politisches Bündnis mit dem russischen Arbeiter- und Bauernstaat! — Das heißt auf jeden Fall: Sturz der vom Imperialismus gekauften Regierung! Schaffung einer revoltionären Regierung, die dieses Programm durchführt!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101925O3O3-14/fragment/page=0008
DFG